



*Die Kommunistische  
Internationale*

1927 / HEFT 22

BERLIN, DEN 31. MAI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Die Kriegsgefahr und das Plenum der Komintern / F. G.: Leninistische  
Stellungnahme zur Kriegsgefahr / Bela Kun: Die theoretische Umrüstung  
der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie / Die Bauernbewe-  
gung in Hunan / Bücher- und Zeitschriftenschau

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 22 31. MAI

## I N H A L T

	Seite
Die Kriegsgefahr und das Plenum der Komintern . . . . .	1049
F.G.: Leninistische Stellungnahme zur Kriegsgefahr . . . . .	1053
Bela Kun: Die theoretische Umrüstung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie . . . . .	1061
Die Bauernbewegung in Hunan . . . . .	1067
Ferdi: Der Kemalismus auf der Bahn der kapitalistischen Entwicklung	1076
Chavaroche: „La Reforme Economique“ . . . . .	1088

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteilokalphoren entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY**  
HAMBURG BERLIN

## DIE KRIEGSGEFAHR UND DAS PLENUM DER KOMINTERN

Die englischen Bergarbeiter nennen die achte Arbeitsstunde, die ihnen durch den Sieg der Grubenbesitzer aufgezwungen wurde, „die Stunde Baldwins“. Zu Beginn dieser Stunde pflagen an den Wänden Inschriften zu erscheinen: „Arbeite leiser, das ist die Stunde Baldwins“. Zu den Baldwin-Stunden sind jetzt Hicks-Tage hinzugekommen, jene Tage, da er, mit Sauerstoffgebläsen bewaffnet und von einem starken Polizeitrupp assistiert, in der Moorgate wirtschaftete.

Die Baldwin-Stunden und die Hicks-Tage sind eng und unzertrennlich miteinander verbunden. Sie symbolisieren die Einheitlichkeit der gegen das Existenzminimum der „eigenen“ Arbeiter gerichteten reaktionären Politik und der kriegerischen Pläne, die in China bereits in die Tat umgesetzt und die jetzt auch in bezug auf Rußland eifrig geschmiedet werden.

Den Hicks-Tagen ging eine Fühlungnahme zwischen den tonangebenden Räubern der ganzen Welt voraus. Chamberlain benutzte eine Frage, die von seinen politischen Freunden an ihn gestellt wurde, um dem Unterhaus und dadurch „der ganzen zivilisierten Welt“ zu erzählen, was für Plünderungen, Gewalttaten und Verbrechen in China von der III. Internationale begangen werden. Und die ehrbaren Abgeordneten der Arbeiterpartei unterbrachen nicht diese zynische Rede eines Mannes, der die direkte Verantwortung für die unerhörten Verbrechen trägt, die dort seit Jahren von Agenten des englischen Imperialismus begangen werden. Erst nach mehreren Tagen hielt es Herr Brockway für notwendig, in sehr höflichen parlamentarischen Ausdrücken seine Leser darauf aufmerksam zu machen, daß eine solche Anschuldigung der Komintern eine sehr ernste Angelegenheit sei, da Chamberlain die III. Internationale häufig mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken identifiziere. Den Ruf Chamberlains erwiderten seine Freunde außerhalb der britischen Inseln. Besonders tat sich dabei Poincaré hervor, der seine Reden über den Schutz der Zivilisation vor dem roten Gespenst des Kommunismus damit ergänzte, daß er Bessarabien zu seiner „Befreiung vom russischen Joch“ beglückwünschte.

Der politische Sinn des Hicksschen Ueberfalls auf die Handelsvertretung der Sowjetunion in England leuchtet jetzt auch jedem politischen Kinde ein. Dieser Ueberfall bildet die Fortsetzung der Provokationspolitik, die ihren Ausdruck in dem Ueberfall auf die Pekinger Botschaft fand und deren Ziel es ist, die Menschheit um jeden Preis in einen neuen Krieg zu stürzen.

Die Kriegsgefahr ist der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung des gegenwärtig stattfindenden ordentlichen Plenums des Exekutivkomitees der Komintern. Vor dem Proletariat der ganzen Welt und vor allen unterdrückten kolonialen und halbkolonialen Völkern erhebt sich die unaufschiebbare Frage, wie soll dieser neuen blutige Feldzug, der von den verbündeten Imperialisten der gesamten Welt vorbereitet wird, verhindert

werden. Die Kommunistische Internationale ist die einzige internationale Macht, die diesen Widerstand zu organisieren vermag.

Die Eigenart der heutigen kriegerischen Periode, die als blutige Intervention in China bereits eingesetzt hat, besteht darin, daß sie einen ausgesprochen konterrevolutionären Charakter trägt und eine Fortsetzung des von den herrschenden Klassen gegen die Werktätigen unternommenen Feldzuges darstellt. Eben darum richten sich die Organisatoren des neuen Krieges in erster Linie gegen die Festung der Werktätigen der ganzen Welt — gegen den ersten sozialistischen Staat.

In ausnahmslos allen Ländern wird die reaktionäre Kriegspolitik der herrschenden Klassen von den sozialistischen Parteien und von den reformistischen Gewerkschaften unterstützt, trotzdem die Reformisten ihre Zuflucht heute nicht zu den Sophismen der Vaterlandsverteidigung nehmen können.

Wenden wir uns zunächst England zu. Der am 28. April tagende Kongreß der Exekutiven der Gewerkschaftsverbände sah und erkannte natürlich den inneren Zusammenhang zwischen der gegen die Gewerkschaften gerichteten Zuchthausvorlage und der blutigen Intervention in China. Trotzdem verzichtete er darauf, die Frage der chinesischen Intervention zu behandeln und stellte es somit den Diehards frei, ihre blutige Politik gegenüber dem chinesischen Volk weiter zu betreiben. Der Kongreß lehnte den Generalstreik als Kampfmittel gegen das Zuchthausgesetz ab und bewies damit den Konservativen, daß es sich lediglich um eine Scheinkampagne handle.

Daß die Kampagne nicht ernst gemeint ist, wird besonders offenkundig, wenn man die Haltung der reformistischen Führer im Unterhaus mit ihrem Auftreten in Arbeiterversammlungen vergleicht. Im Unterhaus tun sie zwar so, als ob sie gegen die Zuchthausvorlage kämpften, unterstützen aber in Wirklichkeit die reaktionärsten Punkte des Gesetzes. In Arbeiterversammlungen dagegen gebärden sie sich wie die konsequentesten und vor nichts zurückschreckenden Kämpfer gegen die „Streikbrecher-Charte“.

Es seien einige Beispiele angeführt. Sehen wir uns die Debatte der Parlamentskommission über den ersten Punkt der Vorlage an, der bekanntlich nicht nur alle politischen Streiks, sondern auch ökonomische Streiks für ungesetzlich erklärt, falls diese im Zeichen der Solidarität mit anderen gegen die Kapitalisten kämpfenden Arbeitern stehen. Einer nach dem andern traten die Redner der Arbeiterpartei auf, um sich vor allem gegen . . . den Generalstreik zu wenden. Slesser erklärte folgendes:

„Letzten Endes ist die Frage des Generalstreiks höchst nebensächlich . . . die Gewerkschaften haben mit überwältigender Mehrheit beschlossen, keinen Generalstreik gegen das brutale Gesetz zu organisieren.“

Darauf trat Thomas auf, der auseinandersetzte, daß er seine Erklärung, der Streik sei ein deplacierter Akt gewesen, aufrecht erhalte. Herr Mitchell wollte alle übertrumpfen, indem er behauptete, im ganzen Parlament gebe es „keinen Menschen, der dem Generalstreik so ablehnend gegenüber stünde wie er“. Um die Konservativen von ihrer Aufrichtigkeit zu überzeugen, stimmten die Abgeordneten der Arbeiterpartei für den Abänderungsantrag des Sir John Simon, nach dem jeder Streik, der einen Druck auf die Regierung oder das Parlament bezweckt, für ungesetzlich erklärt werden soll. Diese Haltung im Parlament hindert übrigens die Deputierten der Arbeiter-



partei keineswegs, in Arbeiterversammlungen die radikalsten Reden zu schwingen.

Wir wollen nur einige Auszüge aus diesen Reden anführen. In einer Versammlung am 8. Mai erklärte Henderson, daß der Generalstreik von 1926 ein natürliches Ergebnis der gesamten Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung gewesen sei, und kritisierte scharf das neue Gesetz, durch das man die Gewerkschaften des Rechtes auf gemeinsames Vorgehen berauben wolle. Der „linke“ Hicks, der auf der oben erwähnten Konferenz vom 28. April den Vorsitz führte, erklärte in einer Versammlung in Edingburgh stolz:

„Wir werden nicht nur das Recht auf Streiks, sondern auch das Recht auf Solidaritätsstreiks zu wahren wissen.“

Und Slessor, derselbe Slessor, dessen Parlamentsrede wir oben zitiert haben, setzte den Bergarbeitern in Durham auseinander, daß die Annahme des neuen Gesetzes der Einführung der Sklaverei gleichkäme.

Diese Gegenüberstellung gibt uns das Recht, von einem Doppelspiel der Herren Reformisten zu sprechen. Einerseits verhelfen sie in der Praxis dem Gesetz zur Annahme, andererseits spielen sie sich als Kämpfer gegen dieses Gesetz auf, um den Kampf in „konstitutionellem“ Rahmen zu halten und ihn für die herrschenden Klassen möglichst wirkungslos zu machen. Gerade darum sind die Konservativen in der Lage, zu ein und derselben Zeit die „Streikbrecher-Charte“ im Parlament durchzudrücken, die militärische Intervention in China fortzusetzen und den sozialistischen Staat offen zum Kriege zu provizieren.

Dasselbe widerliche Bild können wir auch in Frankreich beobachten. Poincaré wettet nicht nur in seinen Reden gegen die Kommunisten. Während seine Regierung die hervorragendsten Führer der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaften ins Gefängnis wirft, verwirklichen die französischen Kapitalisten ihren Kreuzzug gegen die Löhne und die Arbeitszeit der französischen Proletarier, und stützen sich dabei auf die reformistische Confederation du Travail.

Wir haben oben von der Fühlungnahme zwischen den Häuptlingen der Räuberbanden gesprochen. Daran beteiligen sich aktiv auch die Adjutanten der imperialistischen Häuptlinge. Der unvergleichliche Jouhaux hielt es für notwendig, die Tribüne der Genfer Wirtschaftskonferenz zu einer dreisten und verlogenen Erklärung zu benutzen, in der USSR gäbe es so etwas wie einen Achtstundentag nicht. Jouhaux hat hier gezeigt, daß er es erstaunlich gut versteht, sich den Wünschen und Stimmungen seiner Gebieter anzupassen. Er hielt seine verleumderische Rede wenige Tage vor dem Ueberfall der Hicksschen Achtgroschenjungen auf die Londoner Handelsvertretung. Das Organ der englischen Reformisten, „Daily Herald“, in dessen Redaktion Leute sitzen, die mehrmals die USSR mit eigenen Augen gesehen haben, hielt es für notwendig, diesen verleumderischen Ausfall in großer Aufmachung neben dem Porträt des Bürgers Jouhaux zu bringen. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß im Chor der Lakaien die Stimme des „Vorwärts“ am lautesten ertönt. Der Kampf gegen die Kriegsmaßnahmen und Kriegsabsichten der Imperialisten muß daher in erster Linie gegen die Sozialverräter gerichtet sein, die ihrer blutigen Tradition des 4. August treu bleiben, sogar in einer Situation, wo auf der Tagesordnung die Frage eines offen konterrevolutionären und antiproletarischen Krieges steht. Der Kampf

gegen den Krieg ist aufs engste verbunden mit den Problemen der chinesischen Revolution. Die „Westminster Gazette“ ist der Meinung, daß Hicks den Entschluß zum Ueberfall faßte, nachdem die Regierung sich vom „Fiasko Moskaus im Osten“ überzeugt habe. Unter diesem „Fiasko“ versteht die englische Bourgeoisie den Verrat Tschang Kai-scheks und die blutige Zerstümmerung einer Reihe von Gewerkschaften und kommunistischen Organisationen in Schanghai, Nanking und Kanton. Wir zweifeln nicht daran, daß die Diehards sich bald überzeugen werden, daß sie zu früh ihren Triumphgesang angestimmt haben. Zweifellos steht die chinesische Revolution vor unerhört schweren und harten Prüfungen. Jedoch erweckt diese Revolution Millionen und aber Millionen von chinesischen Werktätigen zu neuem Leben, die sich unter den Schlägen der Feinde organisieren und zusammenschließen, um den siegreichen Kampf fortzusetzen.

China ist der Mittelpunkt der Aufmerksamkeit aller Imperialisten. Der Sieg der chinesischen Revolution, die in eine neue Phase ihrer Entwicklung getreten ist, ist nur in dem Falle möglich, wenn die chinesische Revolution von den Arbeitern der ganzen Welt als ihre eigene Sache betrachtet werden wird, trotz aller Versuche der Reformisten, die Aufmerksamkeit der proletarischen Massen von dem grandiosen Kampf im Osten abzulenken.

Die chinesische Frage steht deshalb als erster Punkt auf der Tagesordnung des Plenums des EKKI. Die aktuelle Wichtigkeit der chinesischen Frage vom Standpunkte des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse braucht wohl kaum erwiesen zu werden.

Der dritte Punkt der Tagesordnung schließlich behandelt die berüchtigte Streikbrecher-Charte. Der ganze Kampf gegen dies Gesetz lastet faktisch auf den Schultern der zahlenmäßig schwachen KP Englands, die mit ungeheurer Kräfteanspannung die proletarischen Massen zum Kampf gegen den englischen Imperialismus sammelt, der an der Spitze der Weltrevolution marschiert.

Die Aufgabe des Plenums der KI besteht darin, eine breite proletarische Einheitsfront zu schaffen, im Verein mit den unterdrückten Völkern des Ostens, zum wirksamen Kampf gegen die Koalition der Räuber, die sowohl auf dem Gebiete der Innenpolitik als auch auf dem Gebiet der Außenpolitik einen Feldzug gegen alle Errungenschaften der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker unternehmen.

Die Komintern ruft allen Arbeitern, allen Bauern, allen Unterdrückten der ganzen Welt zu: Seid auf der Hut! Es brechen Stunden schwerer Prüfungen an!

F. G.:

## LENINISTISCHE STELLUNGNAHME ZUR KRIEGSGEFAHR

„Vielleicht stellen gerade jene Sophismen, mit denen die bürgerliche Presse operiert, das Hauptmittel der Verstrickung der Massen in den Krieg dar, und der wichtigste Umstand, der unsere Machtlosigkeit gegen den Krieg erklärt, besteht darin, daß wir entweder diese Sophismen nicht rechtzeitig zerschmettern oder uns noch mehr Schaden zufügen durch billige, prahlerische und leere Phrasen.“

(Lenin: Bemerkungen über die Aufgaben unserer Delegation im Haag.)

Die unmittelbare Kriegsgefahr gibt der Instruktion Lenins für die Delegation zur Haager Friedenskonferenz unmittelbare aktuellste Bedeutung für die gesamte Kommunistische Internationale.

Der Augenblick erfordert ernsteste ideologische und organisatorische Vorbereitung zu den bevorstehenden Kämpfen, eine konkrete leninistische Analyse der herannahenden Gefahr. Die Warnungsrufe unserer Agitatoren verhallen kaum gehört in den Ländern, in denen die Imperialisten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, ihrer Presse, ihrem Nachrichtenapparat usw. sie zu übertönen verstehen.

Noch heute hat der Satz Lenins, den er im Jahre 1922 schrieb, für fast alle kommunistischen Parteien Geltung. „Wir geben den Massen keine lebendige Vorstellung darüber, wie ein Krieg ausbrechen kann . . .“

Außerordentlich geschickt verdecken die Imperialisten aller Länder ihre Kriegsrüstungen durch die Arbeit, die sie in allen Ländern für die Einschläferung und Verdummung der Bevölkerung leisten.

In den meisten Ländern, insbesondere in England, hat die bürgerliche „öffentliche Meinung“ faktisch das Monopol der Informierung auch der Arbeiterklasse über alle wichtigen Vorgänge in der Welt. Die Presse, das Telegraphenwesen, der Film, der Rundfunk leisten täglich und stündlich Vorbereitungsarbeit für den kommenden Krieg, indem sie Millionen von Arbeitern Tag für Tag mit bürgerlichen Lügen überschütten.

„Die imperialistischen Cliquen und Gruppen, die zum Kriege hetzen, haben den gesamten Apparat der öffentlichen Meinung in der Hand, und nicht nur im Jahre 1914, zu vielen Malen nachher konnten wir die Erfahrung machen, wie leicht es ist, ein Volk in den Krieg zu hetzen, selbst in Zeiten, wo die Lehren von 1914 bis 1918 noch jeden Einzelnen brennen sollten.“

(Paul Levi, „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ vom 8. Juni 1927.)

Wir müssen uns bewußt sein, daß die Mittel, die wir bisher der bürgerlichen Hetze entgegensetzen konnten, zu schwach sind. Kann nicht jeder, der nur einigermaßen das Jahr 1914 in Erinnerung hat, in der Sowjetgranatenhetze, den Dokumentenfälschungen in Peking, der Provokationskampagne gegen die französischen Kommunisten, die Methoden wiederfinden, die 1914 viele ehrliche Arbeiter in den Krieg hetzten?

Das Lügengewebe der Imperialisten und ihrer Helfer kann nur durch unmittelbare mühsame Aufklärungsarbeit in der Presse und in den Massen des

Proletariats, durch Auseinandersetzung des Charakters und der Gründe des imperialistischen Krieges zerrissen werden.

Der Widerwille gegen den Krieg wurde von den Imperialisten und ihren sozialdemokratischen Soldknechten sehr geschickt zur Verbreitung pazifistischer Illusionen ausgenützt. Es wäre falsch, über Organisationen, wie Pan-Europa, Völkerbundsliga usw. mit einer Handbewegung hinwegzugehen, gerade jetzt können sie zumindest in England, in Frankreich und sicherlich auch in den Vereinigten Staaten große Verwirrung in Arbeiterhirnen anrichten, die den Schürern des neuen Weltkrieges außerordentlich erwünscht ist.

Der Ruhm, dem Imperialismus die größte Herde Kanonenfutter zuzutreiben, bleibt aber auch im kommenden imperialistischen Weltkrieg der internationalen Sozialdemokratie vorbehalten. Die Sozialistische Internationale ist und bleibt trotz ihrer Erneuerung durch Austro-Marxisten und Sozialpazifisten, die Internationale des 4. August, über der die Frage der Vaterlandsverteidigung „wie ein Felsblock hängt, der sie eines Tages mit vernichtender Gewalt treffen könnte“. Der Satz Kautskys, „Die Internationale ist ein Instrument des Friedens und kein Instrument des Krieges“, mit dem er alle Schandtaten der internationalen Sozialverräter während des Krieges deckte, gehört heute noch zu den Prinzipien der Sozialistischen Internationale. Klar spricht das H. Ströbel aus:

„Bisher hat der Sozialismus, hat die Sozialistische Internationale den Krieg noch nicht zu verhindern vermocht, und daß die Idee der internationalen proletarischen Solidarität heute ein stärkerer Schutz gegen den Krieg sei als 1914, wird kein ehrlicher Sozialist behaupten. Spielt doch der nationale Gedanke in manchen sozialistischen Kreisen eine weit stärkere Rolle als je.“

Je schwächer der Glaube an die eigene Internationale ist, umso fester wird ihre Ueberzeugung von der Kraft einer anderen „Internationale“, des Völkerbundes.

Die „prinzipielle“ Anerkennung des Völkerbundes durch die Sozialdemokratie ist durch seine schmachvollen Niederlagen in der letzten Zeit nicht im geringsten erschüttert worden. Ihr Appell an den Völkerbund im albanischen Konflikt beweist dies.

Den Sinn ihres „Kampfes gegen die Kriegsgefahr“ gibt sehr gut ein Artikel der holländischen sozialdemokratischen Zeitung „Het Volk“ wieder:

„Die zwei gefährlichsten Feinde des Weltfriedens sind die zwei Diktaturen von Moskau und Rom . . . Es ist in der letzten Zeit mehr als nötig geredet worden von der Notwendigkeit der einheitlichen Aktion des Proletariats, gerade was den Weltfrieden betrifft. Sobald das zur Sprache kommt, müssen wir erklären, daß weder auf die italienische, noch auf die russische Arbeiterklasse gerechnet werden kann, weil in diesen beiden Ländern ein selbständiges Auftreten der proletarischen Organisationen unmöglich ist.“ (13. Januar 1927.)

Der Kampf gegen die Verdummung des Proletariats durch die Imperialisten ist vor allem der Kampf gegen die pazifistischen Illusionen der Arbeiterklasse und gegen die heuchlerischen Manöver der Sozialdemokratie.

Bei einem neuen 1914 werden wieder Massen von Arbeitern in den Krieg ziehen.

Aus diesem Grunde ist es unsere Aufgabe, die Linie der Tätigkeit der Kommunistischen Parteien am Tage vor dem Kriegsausbruch und beim Kriegsausbruch selbst klar aufzuzeigen. Es genügt nicht, wenn die leitenden

Kreise der kommunistischen Parteien sich Klarheit über ihre Stellung zum Kriege geschaffen haben, sondern die breitesten Massen des Proletariats müssen wissen, was die kommunistischen Parteien für den Fall des Kriegsausbruchs vorbereiten.

Wir müssen uns davor hüten, irgend einen Teil von Lenins Lehren über den Krieg ohne Zusammenhang mit der Situation, in der wir leben, darzustellen. Es genügt nicht, ein paar Zitate aus Lenins Werken zusammenzutragen, ohne Verbindung mit der Gegenwart. In Lenins Schriften darf man nicht ein „Rezept“ für eine Medizin gegen den imperialistischen Krieg suchen, sondern eine vollkommene Analyse des Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche und damit des imperialistischen Krieges als eines integrierenden Bestandteils der kapitalistischen Entwicklung.

Die Losungen aus dem Weltkrieg 1914 dürfen nicht mechanisch auf heutige Konflikte übertragen werden. Wir müssen bei der Anwendung der Lehren Lenins über den imperialistischen Krieg stets aufs genaueste die konkrete Situation in Betracht ziehen, in der diese Losungen angewendet werden. Wenn z. B. vereinzelt Genossen anlässlich des Krieges Frankreichs gegen Abd el Krim die Losung: Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg aufstellten, war das sicherlich unrichtig, denn die Losung war nicht im Zusammenhang mit der Entwicklung des Klassenkampfes und der Klassegegensätze in Frankreich selbst aufgestellt.

„Wir können den Bürgerkrieg nicht „versprechen“, nicht dekretieren, aber arbeiten in dieser Richtung, wenn es notwendig ist sehr lange, müssen wir.“ (Aus Lenins Briefen an Schljapnikow, Lenin-Almanach, Band 2, Seite 196.)

Die Kommunisten müssen „das Geheimnis der Geburt von Kriegen“ erklären, das System von Lüge und Heuchelei zerstören durch Analyse der Situation, in der der Krieg entsteht.

„Der Krieg ist — wie der berühmte Stratege Clausewitz sagt — eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln (und zwar Mitteln der Gewalt).“

Nur wenn wir den imperialistischen Krieg, der herannaht, als die Konsequenz, als die Fortsetzung der imperialistischen Politik der Gegenwart den Arbeitern begreiflich machen, können wir wirksam dem Lügenschwall der Imperialisten und dem pazifistischen Gerede entgegentreten. Keine Klagen über die Schrecken des Krieges, sondern Erklärung der Quelle des imperialistischen Krieges, Aufdeckung ihrer Vorbereitung ist die Aufgabe der kommunistischen Presse und jedes einzelnen Kommunisten.

Sehen die Arbeiter heute in der Kriegsgefahr etwas greifbar Nahes, etwas, wogegen man sich wehren muß? Bei weitem nicht genug. Eine Enquete der Berliner Organisation der KPD unter sozialdemokratischen und parteilosen Betriebsarbeitern gibt einige Aufklärung in dieser Frage. Man stellte in dieser Enquete folgende Frage: „Glauben Sie an die Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion?“ und „Interessieren Sie sich für den chinesischen Befreiungskampf, begreifen Sie seine Bedeutung und nehmen Sie für das chinesische Volk Stellung?“

„Die Mehrzahl der Antworten lautete dahin, daß die Arbeiter wohl das Herannahen eines neuen imperialistischen Krieges sehen, daß sie aber nicht an einen akuten Charakter der Kriegsgefahr glauben. Sie verurteilen fast allgemein die Hetze der SPD gegen die Sowjetunion und sind bereit, Sowjetrußland gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen.“



Ihr Interesse am chinesischen nationalen Befreiungskampf ist sehr groß.“ (Zitiert aus „Der Funke“, Funktionärorgan der Berlin-Brandenburger Organisation der KPD.)

Arbeiter, die zu den Kommunisten nicht feindlich eingestellt sind — sonst würden sie ja unsere Fragen nicht beantworten — glauben nicht an den akuten Charakter der Kriegsgefahr.

Sie sehen zwar die Bedeutung der chinesischen Revolution, aber nicht die Kriegsgefahr, die dahinter steckt. Wer die Kriegsgefahr nicht sieht und sich nicht schon jetzt für die Abwehr vorbereitet, wird überrannt. Das müssen wir allen Arbeitern, die es ernst meinen mit den Interessen der Werktätigen, klarmachen.

Wir müssen immer wieder auf die Zeit des Kriegsbeginns 1914 hinweisen und den Arbeitern ein möglichst lebendiges Bild dieser Zeit und dieses Kriegstaumels vor Augen führen. Dabei dürfen wir nicht in den widerlich süßen „Nie wieder Krieg“-Ton verfallen, (schließlich schrie die Sozialdemokratie bis zum 4. August „Krieg dem Kriege“) und nur mit beweglichen Worten die Schrecken des Krieges schildern.

„Eine der Formen der Verdummung der Arbeiterklasse ist der Pazifismus und das abstrakte Predigen des Frieders. Im Kapitalismus und insbesondere in seinem imperialistischen Stadium sind Kriege unvermeidlich. Andererseits können die Sozialdemokraten (damals hieß die bolschewistische Partei Sozialdemokratische Partei) die positive Bedeutung revolutionärer Kriege, d. h. nicht-imperialistischer Kriege, nicht leugnen.“ (Lenin: Gesammelte Werke, russische Ausgabe, Band 13, 29. März, Seite 51.)

Dies schrieb Lenin über den Pazifismus in der Resolution der Konferenz der Auslandsgruppen der Partei der Bolschewiki im Jahre 1905. Wiederholt wies er auf die besondere Schädlichkeit des Pazifismus für die Arbeiterklasse hin, da er Illusionen erweckt. Das gilt auch heute noch vollkommen, denn die mit den Phrasen vom Frieden verbrämten Heucheleien der Friedensfreunde aus der II. Internationale können viel leichter Arbeiter einfangen als der nackte Sozialpatriotismus.

Immer wieder müssen wir den Arbeitern die Haltung dieser Pazifisten während des Krieges ins Gedächtnis rufen, als Kautsky unter dem Deckmantel der Versöhnung Noske und den anderen Verrätern des Proletariats die Stange hielt.

Schärfste Abgrenzung von den pazifistischen Elementen ist eine dringende Notwendigkeit.

Rufen wir uns darum ins Gedächtnis, was Lenin in seiner Broschüre „Sozialismus und Krieg“ im Jahre 1914 schrieb:

„Die Sozialisten haben die Kriege zwischen den Nationen als eine barbarische und tierische Sache stets verurteilt, doch ist unser Verhältnis zum Kriege grundsätzlich anders als das der bürgerlichen Pazifisten und Anarchisten. Von den ersteren unterscheiden wir uns dadurch, daß wir den ursächlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Klassenkampfe innerhalb eines Landes verstehen, daß wir verstehen, daß die Abschaffung der Kriege ohne die Abschaffung der Klassengesellschaft und den Sieg des Sozialismus unmöglich ist . . . Sowohl von den Pazifisten als von den Anarchisten unterscheiden wir uns als Marxisten dadurch, daß wir eine historische Analyse eines jeden Krieges im einzelnen als notwendig erachten.“

Täglich müssen unsere Zeitungen, müssen unsere Agitatoren und jeder aktive Kommunist im Betriebe den Arbeitern diese einfachen Wahrheiten klarmachen, um die pazifistischen Illusionen, die in der Arbeiterschaft festsitzen, zu bekämpfen. Die imperialistischen Kriege können nicht verhindert

werden. Der Völkerbund ist ein Instrument des Imperialismus und kein Werkzeug des Friedens.

Der Krieg, den die Imperialisten gegen die USSR vorbereiten, entwickelt sich natürlich vom imperialistischen Kriege von 1914 her: er wird einen ausgesprochenen Klassencharakter tragen — jedoch müssen wir uns selbst freihalten von jeder Illusion über die Stärke und die Zugkraft unserer Losungen zu Beginn des imperialistischen Krieges. Wir müssen uns klar sein,

„wie hilflos eine gewöhnliche Arbeiterorganisation, wenn sie sich auch eine revolutionäre Organisation nennt, angesichts eines wirklich herannahenden Krieges dasteht,“ und wie „groß die Zahl der theoretischen und praktischen Fragen ist, denen wir am Tage nach der Kriegserklärung gegenüberstehen und die die ungeheure Mehrheit der Einberufenen der Möglichkeit berauben, auch nur einigermaßen mit klarem Kopf und unvoreingenommen zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.“ (Lenin: „Bemerkungen über die Aufgaben unserer Delegation im Haag“.)

Wenn Genossen der Meinung sind, daß die illegale Arbeit in der Armee in der gegenwärtigen Epoche geringere Bedeutung habe, liegt darin eine große Gefahr. Sie meinen, daß anstelle der alten Massenarmeen ausgewählte Kaderarmeen getreten seien, in denen die Arbeit unvergleichlich schwerer sei, während das Schwergewicht nicht mehr in der Armee, sondern bei den Arbeitern der Kriegsindustrie liege.

Diese Genossen sind von der technischen Entwicklung des Kriegswesens hypnotisiert und meinen infolgedessen, daß das „Menschenmaterial“ in diesem Kriege keine besondere Rolle spielen wird. Nichts unrichtiger als das! Das französische Heerreformgesetz, die polnische Mobilisierung der gesamten Bevölkerung, die Zivilübungslager in den Vereinigten Staaten (Military Training Camps), das sind doch alles Maßnahmen zur Militarisierung und militärischen Ausbildung möglichst großer Massen der Bevölkerung.

Die Tatsache, daß das stehende Heer eine weit geringere Bedeutung hat als vor dem Kriege, enthebt uns nicht der Notwendigkeit der Arbeit, gerade in diesen Kadern der Armee. Man hört manchmal das Argument: wie können wir zur Arbeit z. B. in der englischen Armee auffordern, die doch ein Söldnerheer ist, und damit gewissermaßen zu Werbeoffizieren des Imperialismus werden?

Dieses Argument riecht doch nach „Militärstreik“ und anderen Losungen dieser Art, wie Boykott des Krieges und bedeutet eine vollkommene Verkennerung der Aufgaben der Kommunisten in der Armee. Im Falle eines Krieges kann ja eine individuelle Dienstverweigerung oder eine Agitation gegen das Eintreten in ein Freiwilligenheer einzig und allein den Imperialisten helfen, eine vollkommen loyale Armee zustande zu bringen. Außerdem übersieht man, wenn man die Arbeit in einer solchen Armee nicht für notwendig hält, ein weiteres wichtiges Moment: die Notwendigkeit der militärischen Schulung der revolutionären Arbeiter:

„Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen zu handhaben und Waffen zu besitzen, würde nur verdienen, das man sie als Sklave behandelt . . . Uebe Dich im Waffenhandwerk . . . um gegen die Bourgeoisie deines eigenen Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung der Armut und den Kriegen . . . ein Ende zu machen.“ (Lenin: Ueber die Abrüstung in „Lenin über den Krieg“, Seite 77.)

Selbstverständlich bedeutet die Betonung der Arbeit in der Armee durch-

aus nicht, daß die illegale Tätigkeit unter den Arbeitern der Kriegsindustrie geringere Bedeutung hat, aber wir dürfen nicht die Einstellung darauf nehmen, daß das Hinterland allein die Front besiegen kann.

Die Verbindung der Arbeit an der Front und im Hinterlande ist notwendig, da sonst die Armee nicht nur an der Front verwendet werden, sondern auch zu einer furchtbaren Waffe gegen die Arbeiter im eigenen Lande werden kann.

Darum ist „die Aufrechterhaltung, bzw. Schaffung einer illegalen Organisation aller am Kriege teilnehmenden Revolutionäre zur dauernden Arbeit gegen den Krieg“ eine der dringlichsten Aufgaben unserer Partei.

„Indem sie in keinem Fall, unter keinen Umständen auf die Ausnützung der kleinsten legalen Möglichkeiten für die Organisation der Massen und die sozialistische Propaganda verzichtet, muß doch die Sozialdemokratische Partei (Bolschewiki) mit der Anbetung der Legalität brechen . . . Die Negierung der illegalen Propagandamittel . . . ist ein Verrat am Sozialismus.“ (Lenin: „Sozialismus und Krieg“ in Lenin: „Ueber den Krieg“, russisch, Band 2, Seite 47.)

Die illegale Arbeit in der Armee muß jetzt bereits in Angriff genommen werden. Wir haben ja die glänzenden Beispiele der illegalen Arbeit in der französischen Armee, im Ruhrgebiet, in Marokko, wir haben die Beispiele der französischen Matrosen der Schwarzen Meer-Flotte. Jeder Arbeiter, besonders der junge Soldat, sollte bekannt gemacht werden mit dem, was dort geleistet wurde, damit das Beispiel der Ruhr und andere Beispiele illegaler Arbeit in der Armee zum Ansporn für bolschewistische Arbeit in den imperialistischen Armeen werden.

Die Scheidelinie zwischen revolutionären Kämpfern gegen den Krieg, den Bolschewiki und den Spartakus-Leuten und den Imperialisten und ihren Noskes bildete im Weltkrieg 1914 die Frage der Vaterlandsverteidigung.

Die Sozialistische Internationale hat seit langem schon den Satz: „Der Arbeiter hat kein Vaterland“ zum alten Eisen geworfen und steht auf dem Boden der Verteidigung ihres jeweiligen kapitalistischen Vaterlandes, wobei sie aber gleichzeitig schärfstens den proletarischen Staat angreift.

Kein Zweifel, daß die Imperialisten bei Ausbruch eines Krieges, ebenso wie 1914, den Schein der Verteidigung nationaler Interessen erwecken können. Sinowjew-Briefe, Sowjetgranaten, und Unterschiebungen gefälschter Dokumente tun ihren Dienst zur Schaffung des „Wunders“, das die wackeren Friedensfreunde vom Basler Kongreß in kriegsfreiwillige Vaterlandsverteidiger verwandelte.

„Die Frage der Vaterlandsverteidigung“ — sagt Lenin in den Haager Thesen — „wird unvermeidlich gestellt und die überwiegende Mehrheit der Werktätigen löst diese Frage unvermeidlich zugunsten der eigenen Bourgeoisie.“

Insbesondere gilt das heute, wo es die Imperialisten noch besser wie 1914 verstehen, an das Herz des Volkes zu appellieren. Wird doch z. B. gegen die chinesische Revolution eine systematische Propaganda dadurch gemacht, daß man Gerüchte über Gewalttaten an Frauen und Kindern, Verletzung von Eigentum von Europäern usw. verbreitet. Die Verteidigung der wehrlosen Frauen und Kinder ist eines der Lieblingsmanöver der Imperialisten, um die Werktätigen für die Vaterlandsverteidigung, d. h. für die Interessen der Kapitalisten einzufangen.

In dieser Situation ist es äußerst wichtig, der Demagogie der Sozialdemokraten und der Imperialisten vollkommen klare Losungen entgegenzustellen.

Vollkommene Klarheit in den eigenen Reihen muß erreicht und den kleinsten Schwankungen muß von Anfang an entgegengetreten werden. Die Kommunisten sind ja ebensowenig, wie die übrigen Proletarier gefeit gegen die Lügenflut der Imperialisten, so daß sehr wohl in den Reihen der kommunistischen Parteien selbst Abweichungen in dieser Frage aufkommen können, die wir mit allen Mitteln bekämpfen müssen.

Die größte Gefahr in den Reihen der kommunistischen Parteien ist die Gefahr einer Abweichung, eines Abgleitens einzelner Kommunisten zum Pazifismus, da von dieser Seite her der Druck am schärfsten ist.

Die friedliche Politik der Sowjetunion verleitet anscheinend manche Kommunisten der kapitalistischen Länder zur Unterschätzung der Kriegsgefahr. Es ist aber klar, daß die friedliche Politik des ersten Proletarierstaates der Welt die Gefahr einer Intervention der imperialistischen Mächte gegen die USSR nicht beseitigen kann, die um so stärker wächst, je mehr sich der Sozialismus in der USSR festigt. Das Proletariat tritt stets für Frieden ein, aber im Moment des Krieges — hören wir auf für den Frieden einzutreten:

„Die Losung: Friede, — schreibt Lenin während des Krieges im Jahre 1915 in einem Briefe an Schljapnikow, — ist unrichtig. Unsere Losung muß sein: Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg.“

Wir können nicht sagen, daß wir in kapitalistischen Kriegen Pazifisten sein sollen; das bedeutet der Form nach: „neutral, der Sache nach: den imperialistischen Krieg unterstützen“.

Die unmittelbare Kampflosung der Kommunisten im imperialistischen Krieg ist: „Niederlage der eigenen Regierung“, Defaitismus.

„Die revolutionäre Klasse muß im reaktionären Kriege die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie muß den Zusammenhang ihrer kriegerischen Mißerfolge mit der Erleichterung ihre Niederrückung sehen. Nur ein Bourgeois, der in dem Glauben lebt, daß der von den Regierungen angezettelte Krieg unbedingt als ein Krieg der Regierungen enden wird und der dies auch wünscht, findet den Gedanken, daß die Sozialisten aller kriegführenden Länder mit dem Wunsch nach der Niederlage aller „eigenen“ Regierungen auftreten sollen, „lächerlich“ und „widersinnig“. Im Gegenteil, eben ein solches Auftreten würde dem geheimen Gedanken jedes klassenbewußten Arbeiters entsprechen und auf der Richtlinie unseres Wirkens liegen, die auf die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zielt.

Die Sozialisten müssen den Massen klarmachen, daß es für dieselben kein Heil gibt ohne die revolutionäre Niederwerfung der „eigenen“ Regierungen und daß die Notlage dieser Regierungen im gegenwärtigen Kriege eben zu diesem Zwecke ausgenützt werden muß.“

Die Verwirklichung dieser Losung bedeutet an der Front: Uebergang auf die Seite der revolutionären Armee z. B. im Kriege gegen die chinesische Revolutionsarmee; diese Losung wurde auch im russisch-polnischen Kriege ausgegeben. Im Kriege zwischen Imperialisten: Verbrüderung.

Lenin schrieb im April 1917, als die Verbrüderung aus einer Losung bereits zur Wirklichkeit zu werden begann, folgendes:

„Wir streben danach, die Verbrüderung nicht auf allgemeine Gespräche über den Frieden zu beschränken, sondern zur Erörterung eines klaren politischen Programms überzugehen, zur Erörterung der Frage, wie der Krieg zu beenden, wie das Joch der Kapitalisten, die den Krieg begonnen haben und ihn jetzt zu verlängern suchen, zu stürzen sei.“

Wir sind keine Anarchisten, wir glauben nicht, daß der Krieg beendet werden kann durch einfache „Dienstverweigerung“, durch eine „Weigerung“ von Personen, Gruppen oder Massen. Wir sind dafür, daß der Krieg beendet werden muß und beendet wird durch die Revolution in einer Reihe von Ländern, d. h. durch die Eroberung der Staatsmacht durch eine neue Klasse, und zwar nicht durch die Kapitalisten, nicht durch die kleinen Besitzer, sondern durch die Proletarier und Halbproletarier.“

Unter der Losung der Verbrüderung wurde die erfolgreiche Arbeit der französischen Kommunisten in der Besatzungsarmee im Ruhrgebiet geleistet, unter dieser Losung müssen die Kommunisten in jede kämpfende Armee eindringen.

Zum wirkungsvollen allseitigen Kampf gegen den imperialistischen Krieg müssen wir es verstehen, nicht nur die kommunistischen Organisationen für unsere Losungen auf die Beine zu bringen. Die Einheitsfront gegen den Krieg muß geschaffen werden. Wir müssen alle pazifistischen Stimmungen, jeden noch so schüchternen Prozeß gegen den Krieg ausnützen. Wir unterstützen Pazifisten, soweit sie mit uns gehen und geißeln sie mit der schärfsten Kritik dort, wo sie nicht mehr mit uns gehen.

Jede Stimme gegen den Krieg innerhalb der Arbeiterschaft, der nationalen Befreiungsbewegung, der Intelligenz müssen wir aufnehmen und zur Aufriittlung der breitesten Massen der Bevölkerung gegen die Kriegsgefahr auswerten. Um die Organisationen, die einen Kampf gegen den Imperialismus führen, insbesondere um die antiimperialistische Liga, müssen wir möglichst breite Massen zu sammeln suchen.

Die Arbeiter aller Länder müssen in den Kampf gegen den Krieg hineingezogen werden.

Der Provinzialismus, die nationale Begrenztheit in einzelnen Ländern muß vernichtet werden. Die deutschen Sozialdemokraten schreiben, daß sich der deutsche Arbeiter für die Vorgänge in China nicht mehr interessiert als für ein Erdbeben in der Südsee. Leider gibt es sicherlich auch Kommunisten, die meinen, „weit vom Schuß“ zu sein. Aber allein so einfache Tatsachen, wie deutsche Waffenlieferungen an die chinesische Konterrevolution, wie die Tatsache der Rüstungen eines so unbedeutenden „neutralen“ Staates wie Schweden, der „weit vom Schuß liegt“, müssen zu denken geben.

Die letzte Spur jeder nationalen Begrenztheit der Kommunisten muß überwunden werden.

Die Enquete der Berliner Organisation, die wir an anderer Stelle angeführt haben, ist auch symptomatisch. Die Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder und zum großen Teil auch die Mitgliedschaft der kommunistischen Parteien ist sich noch nicht in genügendem Maße bewußt, wie nahe die Kriegsgefahr vor uns steht und daß der Krieg jeden Tag ausbrechen kann. Das kann zu den gefährlichsten opportunistischen Entgleisungen führen.



BELA KUN:  
 DIE THEORETISCHE UMRÜSTUNG  
 DER DEUTSCHEN UND ÖSTERREICHISCHEN  
 SOZIALDEMOKRATIE

IV. Die Revision des Militärprogramms

Das Militärprogramm der Sozialdemokratie steht natürlich in engem Zusammenhang mit der Frage der Vaterlandsverteidigung. Die „Keinen Groschen - und keinen Pfennig“-Parole an und für sich bedeutete auch schon vor dem Kriege nicht die revolutionäre Ablehnung der Vaterlandsverteidigung. Sie war jedenfalls der Ausdruck der Stellungnahme der Massen der marxistischen Arbeiterbewegung gegen den bürgerlichen Staat und dessen Militarismus. Immerhin gab diese Parole an und für sich eine ganze Reihe von Möglichkeiten zur „bedingten“ Ausübung bzw. Förderung der Vaterlandsverteidigung. Andererseits hat die österreichische und deutsche Sozialdemokratie der Nachkriegszeit — wie wir sehen — aus ihrer Politik und Agitation selbst diese Parole hinausgeworfen, die im Grunde, wie es auch Deutsch feststellt — „eine Verdammung des Krieges, eine Geißelung aller militärischen Einrichtungen bedeutete“. Die Forderung des Militärprogramms der Sozialdemokratie war: Abschaffung der stehenden Heere, die allgemeine Volksbewaffnung, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Miliz. Daneben begann aber unter dem Einflusse des bürgerlichen Pazifismus auch die Forderung nach Abrüstung und Entwaffnung Platz zu greifen.

Die in der theoretischen Rüstung der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie zutage tretenden Differenzen drehen sich im großen und ganzen ebenfalls um diese Frage. Die Diskussion über diese Frage wird aber nicht nur durch das Verhalten der Sozialdemokratie seit 1914 (Vaterlandsverteidigung im Krieg, ihre Rolle bei der Niederschlagung der proletarischen Revolution und bei der Herbeiführung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus) nicht nur durch ihre — dem neuen Klassenkrieg entsprechend weiterentwickelte theoretische Stellungnahme zu der Frage des Imperialismus wie auch zu der Frage der Kriegs- und Friedensmöglichkeiten (Ueberimperialismus, „kapitalistischer Pazifismus“) beeinflußt. Die Diskussion geht auf dem Boden neuer Tatsachen vor sich, präziser gesprochen, die deutschen und österreichischen Theoretiker der Sozialdemokratie stellen Behauptungen von neuen Tatsachen auf, die sie als Grundlagen zur Diskussion nehmen:

Diese neuen Tatsachen sind:

1. Die Umwandlung Deutschlands und Oesterreichs in demokratische Republiken.
2. Der Sturz des deutschen und österreichischen Imperialismus und demzufolge das Ende der allgemeinen Wehrpflicht und die „kriegstechnische Abrüstung“.

3. Die Aufstellung von Söldnerarmeen, deren Größe durch die Friedensverträge eingeschränkt ist, in beiden Ländern; Organisierung illegaler — und halblegaler faschistischer militärischer Formationen zur Ergänzung der Söldnertruppen.

Diese Tatsachen sind zum Teil — wie z. B. die kriegstechnische Abrüstung Deutschlands — eben keine Tatsachen. Andererseits wird eine unbestreitbare Tatsache, wie es das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und seine Rüstung im Interesse seiner neubeginnenden Expansionspolitik ist, bei der Erörterung sowohl der Gesamtfrage der Vaterlandsverteidigung, wie bei der Teilfrage des Militärprogramms als eine Tatsache betrachtet, die vom Gesichtspunkte der Theorie ruhig außer acht gelassen werden kann.

#### a) Staatsbejahung und Vaterlandsverteidigung

In der Frage der Vaterlandsverteidigung hat die deutsche und die österreichische Sozialdemokratie während des Krieges mit Gelegenheits-„Opportunitäts“-Argumenten gearbeitet. Während des seither zurückgelegten Weges hat sie in der Frage der Vaterlandsverteidigung grundsätzlich Stellung genommen, genau so wie sie es in der Frage „Diktatur und Demokratie“ getan hat. (Otto Bauer: „Linz und die Wahlen“, „Kampf“ 1927, Nr. 4.)

Die theoretische programmatische Stellungnahme erfolgte natürlich zugunsten der Vaterlandsverteidigung als logische Folge der Staatsbejahung:

„Aus der einstigen Staatsverneinung — schreibt Julius Deutsch mit Bezug auf die deutsche Sozialdemokratie — ist also und mußte werden: eine klare Staatsbejahung“. Das geschah, weil, wie er schon früher feststellt, „auf dem Boden der Demokratie es möglich geworden war, daß jene, die bisher nichts als Untertanen gewesen waren, sich als freie Bürger betätigen konnten.“ (Wehrmacht und Sozialdemokratie, Seite 22/23.)

Das gilt nach Meinung von Deutsch in gesteigertem Maße für die österreichische Republik, wo „das Proletariat, geführt von der Sozialdemokratie, in den ersten Umsturztagen die Kasernen besetzte und in der Folgezeit dauernd behauptet hat“. (Das schloß natürlich nicht aus, daß der Kriegsminister der christlich-sozialen Regierung, die über eine Mehrheit von nicht mehr als einigen Stimmen verfügt, durch Soldaten, die aus den — unter sozialdemokratischer Führung — behaupteten Kasernen kommandiert wurden, die Waffen des ebenfalls unter sozialdemokratischer Leitung stehenden republikanischen Schutzbundes beschlagnahmen ließ.)

Für Deutschland stecken die Theoretiker der Sozialdemokratie noch keine klar formulierten Kriegsziele, sie konnten das noch nicht tun, da der deutsche Imperialismus seine Kriegsziele noch nicht klar gesteckt hat. Er hat nicht darüber entschieden, ob er für die Westorientierung im Osten oder in den Kolonien einen Preis, eine Expansionsmöglichkeit fordern soll, und daher kann auch seine Sozialdemokratie in dieser Frage nichts sagen. Das Ziel der Rüstungen der österreichischen Republik erblickt Julius Deutsch in der Sicherstellung der Erfolge eines Verteidigungskrieges gegen Horthy-Ungarn.

Aber nicht nur die Verteidigung der österreichischen und der deutschen Demokratie im Wege eines Krieges wird als sozialistische Pflicht betrachtet,

auch den früheren Demokratien, die schon im verflochtenen Krieg gegenüber den von den deutschen und österreichischen Sozialdemokraten unterstützten „Hunnen“, „Boches“ usw., die Demokratie verteidigt hatten, wird das Recht auf Vaterlandsverteidigung nicht verweigert.

„Was für Oesterreich zutrifft — schreibt Deutsch — gilt leider auch für andere Staaten. Wenn z. B. die Republik Frankreich mit dem faschistischen Italien in einen kriegerischen Konflikt geriete, wäre es wohl keinen Augenblick zweifelhaft, wohin sich die Sympathien der organisierten Arbeiterschaft wenden würden.“ (Natürlich zu Poincaré! B. K. — „Wehrmacht und Sozialdemokratie“, Seite 88.)

Die allgemeine Formel der Vaterlandsverteidigung erinnert lebhaft an die Sophismen, mit denen die extremen Chauvinisten der Ententesozialdemokratie die Verteidigung der französischen und englischen Demokratie gegen den deutschen Imperialismus begründeten. Man spricht von Kriegen, „denen die Sozialdemokratie ihre Unterstützung notgedrungen Weise nicht versagen kann“, von Kriegen, in welchen „ein fortgeschrittenes Staatswesen gegen die Angriffe eines zurückgebliebenen Landes sich verteidigt“. (Wehrmacht und Sozialdemokratie, Seite 107.)

In dieser Formel „zurückgebliebenes Land“ findet nach sozialdemokratischer Auffassung nicht nur das Italien Mussolinis und das Ungarn von Horthy, sondern auch die Quelle der bolschewistischen Gefahr, die Sowjetunion, Platz. Natürlich kommt auch das revolutionäre China dazu, wenn es nicht gewillt ist, sich in das Fortbestehen der kapitalistischen Konzessionen zu fügen. Die Dechiffrierung der Formel bietet Hilferding in seinem oben angeführten Artikel als Zusammenfassung seines Standpunktes in der Frage der Kriegsgefahr:

„ . . . Der wirkliche Gegensatz, der sich in der internationalen Politik heute zeigt, ist weniger der unmittelbar ökonomische zwischen mehr oder weniger imperialistischen Regierungen, sondern der politische, zwischen mehr oder minder demokratischen Regierungen. Die Bedrohungen des Friedens gehen heute vor allem von jenen Staaten aus, in denen die Demokratie zunächst besiegt oder noch nicht entwickelt ist und die politische Herrschaft, unter verschiedenen, vom Bolschewismus bis zum Faschismus reichenden Formen, mehr oder weniger verhüllte Militärdiktatur ist.“ (Krieg, Abrüstung usw.)

In das Geschmetter des Militärorchesters mischen sich Rufe: „Nach Moskau.“

Aber nicht nur zur Abwehr eines Angriffes dürfen Arbeiter — laut der Theorie der die Hindenburg-Republik bejahenden Sozialdemokraten — zur Schlachtbank getrieben werden. Man braucht nicht den Vorbehalt des „Verteidigungskrieges“. Die Vaterlandsverteidigung ist für die Arbeiterklasse ohne jeden Vorbehalt Pflicht:

„Wenn aber trotzdem ein Krieg ausbricht, werden die Arbeiterparteien, eben weil sie zu bedeutenden Machtfaktoren im Staate herangewachsen sind, noch schwerer als zur Zeit des Ausbruches des Weltkrieges ihrem Lande ein starres „Nein“ entgegensetzen können.“ („Wehrmacht und Sozialdemokratie“, Seite 107.)

Das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie begrüßte die aufgehende blutige Sonne des imperialistischen Krieges in dem Leitartikel: „Der Tag der deutschen Nation.“

Das neue Ja wurde nun ausgesprochen, schon ehe der Krieg ausgebrochen ist.

## b) Die Abrüstungsfrage

Die eigentliche Diskussion spielt sich zwischen den verschiedenen theoretischen Schattierungen in der Abrüstungsfrage ab. Die in der Frage der Vaterlandsverteidigung den gleichen prinzipiellen Standpunkt einnehmen, die in der Frage, von welcher Richtung die Kriegsgefahr droht, der gleichen Auffassung sind, weichen voneinander in der Frage ab, ob die Sozialdemokratie die Abrüstung verkünden oder zur Frage „Wehrsystem und Heeresverfassung“ konkret Stellung nehmen soll.

Im obigen wiesen wir schon darauf hin, daß zwischen Hilferding und Julius Deutsch in der Frage der Einschätzung des Pazifismus kleinere Meinungsverschiedenheiten bestehen. Diese, die theoretischen Auffassungen übrigen nicht besonders berührenden Unterschiede folgen aus der verschiedenen Einschätzung der Kraft und Wirksamkeit der durch den Imperialismus ausgelösten Friedenstendenzen.

Auf dem mehr „pazifistischen“ Standpunkt steht auch in dieser Frage Hilferding. Seiner Ansicht nach ist nicht eine Stellungnahme in der Frage Wehrsystem und Militärverfassung die aktuelle Aufgabe, vor der die Arbeiterbewegung steht, sondern „die Frage um unmittelbaren Aufbau der Militärkräfte“. („Krieg, Abrüstung“ usw.)

Aus innerpolitischen Erwägungen soll die Armee auf eine „Sicherheits- und Ordnungstruppe“ reduziert werden, während internationale militärpolitische Gesichtspunkte die Herabsetzung der bewaffneten Kräfte auf ein durch den Völkerbund zu bestimmendes Ausmaß notwendig machen. Es ist also eine Armee notwendig, „die dem Völkerbund zu einem etwaigen Vorgehen gegen einen Friedensbrecher zur Verfügung stehen muß.“

Dem Imperialismus dienen, heißt, dem Völkerbund dienen, — das Abrüstungsprogramm Hilferdings ist aber nur zum Teil durch diesen Umstand zu erklären. Der andere Hauptbeweggrund ist die Angst vor dem Bürgerkrieg, den das Milizsystem infolge der Bewaffnung der Arbeiterklasse ermöglichen würde. „Sicherheits- und Ordnungstruppe“ gegen die Arbeiterklasse — ist also das Ziel des Abrüstungsprogramms.

Das Programm von Julius Deutsch bezweckt das Wehrfähigmachen der Demokratie, und er wendet sich daher scharf gegen den Gedanken der Abrüstung:

„Die Sozialdemokratie eines Landes kann nicht leicht die Verantwortung übernehmen, daß just dieses Land ohne Rücksicht auf die anderen abrüstet. Eine solche Haltung mag in Ausnahmefällen möglich sein, in Schweden und Dänemark, also in Ländern, die nicht bedroht sind.“ („Wehrmacht und Sozialdemokratie“, Seite 88.)

Deutsch nimmt es mit der Vaterlandsverteidigung der Sozialdemokratie so ernst, daß er vor seinen deutschen Genossen mit einem zur Kriegszeit passenden Schwung den Nihilisten-Standpunkt des die Abrüstung befürwortenden Pazifismus in der Heeresfrage geißelt und mutig die militärischen Rüstungen in Schutz nimmt:

„Die Sozialdemokratie muß dem Staate, für den sie mitverantwortlich ist, das zu seiner Verteidigung notwendige Rüstzeug gestatten.“ (Unterstrichen von mir, B. K. — „Wehrmacht und Sozialdemokratie“, Seite 88.)

Statt der vor dem Kriege verweigerten Leute und Groschen bietet die

Sozialdemokratie der Nachkriegszeit für die Schlachtbank des imperialistischen Krieges ohne Beschränkung Menschen und Gold an.

### c) Die Frage über Wehrsystem und Wehrverfassung

Die in Heidelberg und Linz neuerdings ausgearbeiteten sozialdemokratischen Parteiprogramme haben die Frage des Wehrsystems „offen“ gelassen, mit anderen Worten, die Sozialdemokraten haben aus ihren Programmen die traditionelle Forderung nach dem Milizsystem hinausgeworfen.

Die deutsche Sozialdemokratie nimmt aus „pazifistischen Erwägungen“ für das bisher in der Praxis nur durch die Reichswehr vertretene Söldnersystem Stellung und zollt also auch in ihrem Programm dem imperialistischen Frieden Anerkennung. Daß aber diese „pazifistischen Erwägungen“ beim heutigen Entwicklungstempo des deutschen Imperialismus und bei der Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen nicht von langer Dauer sein werden, steht außer allem Zweifel. Das bringt in der Debatte, die in der Frage über Abrüstung und Wehrverfassung eingesetzt hat, P. Veiland zum Ausdruck:

„Kann Deutschland seine starre Söldnertruppe und nichts als Söldnertruppe (der Stahlhelm und die anderen faschistischen Organisationen sind also „nichts“! B. K.) behalten, wenn die Welt ringsum die stehenden Heere abbaut, unter vermehrter Pflege eines Landsturms? Diese Frage verdient reife Ueberlegung und, wenn sie aktuell wird, die Stellungnahme nicht nur der deutschen, sondern auch der ausländischen Sozialdemokraten.“

Uns dünkt, daß, je mehr der imperialistische Weltkrieg heranrückt, je mehr der deutsche Imperialismus Beweise dafür liefert, daß er in dem Kriege gegen den Bolschewismus und die nationalen Revolutionen nicht neutral bleiben wird, die deutschen Sozialdemokraten umso mehr die Hoffnung hegen können, daß die im Völkerbund sitzenden „ausländischen Sozialdemokraten“ nach „reiflicher Ueberlegung“ ihrer imperialistischen Herren sich für die Aenderung der deutschen Wehrverfassung einsetzen werden. Der „Landsturm“ hingegen, den man so Deutschland bewilligen wird, wird keinesfalls dem Ziele dienen, daß die alte sozialistische Arbeiterbewegung durch ihre Forderung nach einem Milizsystem erreichen wollte. Er wird nicht der Demokratisierung des Heeres dienen.

Hilferding ist — wie wir gesehen haben — gegen die Rückkehr zur Forderung des Milizsystems, aber auch Deutsch empfiehlt sie nicht. Er tut dies aus dem Grunde nicht, weil das Milizsystem auch die Bewaffnung der Arbeiterschaft und unter den gegenwärtigen Umständen den Bürgerkrieg bedeuten könnte. Er löst die Frage als „militärischer Sachverständiger“ in der Weise, daß er die Frage des Wehrsystems, von dem es abhängt, in welchem Maße die Arbeiterklasse zu Waffen kommt, für nebensächlich und die Frage der Heeresverfassung für ausschlaggebend erklärt. So wirft er nicht nur die Gesichtspunkte des Sozialismus, sondern sogar die der Demokratie in seinem Militärprogramm über Bord.

Dem aber, was Julius Deutsch nachher von der demokratischen Heeresverfassung zusammenschreibt, sprechen selbst die Verhältnisse der öster-



reichischen — mehr oder weniger operettenhaften — Armee Hohn, trotzdem Deutsch Parlamentskommissär der Armee und die Mehrheit der Heeresangehörigen in sozialdemokratischen Gewerkschaften organisiert ist.

Die theoretischen Führer der österreichischen Sozialdemokratie haben die Forderung nach Republikanisierung des Söldnerheeres in den Vordergrund ihres Militärprogramms gerückt (in Deutschland seitens der SPD hat Löbe im Reichstag einen diesbezüglichen Gesetzesvorschlag eingebracht). Als sozialistische Vervollkommnung dieses Verlangens macht Deutsch die verworrene Forderung eines Ueberganges vom „Feudalheer“ zum „Industrieheer“ zu einer programmatischen Forderung in der Frage der Heeresverfassung, da dies seiner Meinung nach „gleichbedeutend wäre mit der Entwicklung von der Autokratie zur Demokratie im Heere“. Mit anderen Worten, dies würde zwischen dem Offizier und dem Soldaten ein solches Verhältnis schaffen, wie es zwischen dem Ingenieur und dem Arbeiter besteht, natürlich im Rahmen der Produktionsorganisation der kapitalistischen Wirtschaft und unter Rechtsnormen des Bourgeois-Staates.

Um den wahren Klasseninhalt dieser Forderung, ihn aus den verworrenen Analogien herauschälend, klar zu machen, wollen wir den wahren Sinn der von Deutsch empfohlenen Heeresverfassung anführen:

„ . . . Es muß erreicht werden, daß die Reichswehr in den Kämpfen der Klassen und Parteien neutralisiert wird. Heute ist die Wehrmacht kein Organ des Staates, sondern ein Werkzeug der reaktionären Partei. Die Wehrmacht ist durch die Reaktion in einem Maße politisiert worden, wie kaum eine andere staatliche Einrichtung.“ („Wehrmacht und Sozialdemokratie“, Seite 120.)

Dies ist das Fazit des Militärprogramms für jene Arbeiterschaft, für die der Staat des deutschen Imperialismus, mit Hindenburg und dem Bürgerblock an der Spitze, den imperialistischen und den Bürgerkrieg vorbereitet. Neutralisierung! Entpolitisierung! Der Kleinbürger hat einen schweren Traum, sowohl, wenn er sich satt gegessen hat, wie auch dann, wenn er hungrig ist.

Die Forderung nach einem Milizsystem, die Forderung nach Volksmiliz, ist aus dem Grunde aus dem sozialdemokratischen Programm entfernt worden, weil durch die allgemeine Volksbewaffnung auch die Proletarier Waffen erhalten und damit den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen können. Die Forderung nach Abrüstung, sei es in der süßlich-pazifistischen Form der Kautskyaner, sei es in der „revolutionär-pazifistischen“ Form der Forderung nach „Entwaffnung“, war bestenfalls eine Selbsttäuschung, in der Regel aber eine Täuschung der Arbeiterklasse. Die Forderung nach „Neutralisierung“, „Entpolitisierung“ des Söldnerheeres, als summarische Forderung des Militärprogramms der Arbeiterklasse zu einer Zeit, wo die imperialistische Kriegsgefahr an die Tür pocht und das Arbeitermorden seit Jahren kein Ende findet, ist ein ins Ungeheuerliche gesteigerter und vielfacher Betrug und Verrat.

Unsere Uebersicht über die theoretischen Kriegsrüstungen der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie ist zu Ende. Sie ist gar nicht vollständig, sie bietet aber, wie uns dünkt, genug Material zur Beurteilung der Frage, was die Arbeiterklasse in dem bevorstehenden imperialistischen Krieg

von der Sozialdemokratie erwarten kann, deren theoretische Führer (nicht die Noskes, nicht die Eberts, nicht die Gewerkschaftsbürokraten, Leute, die sich nicht in „Groschen-Kämpfen“ zersplittern, sondern an der „Verwirklichung der großen sozialistischen Ideale arbeiten“) so weit gekommen sind. So weit, zu einem Zeitpunkt, wo der Krieg „erst im Fernen Osten“ geführt wird und noch nicht unmittelbar „von Sieg oder Niederlage des eigenen Vaterlandes“ die Rede ist. Als nächste Etappe dieser Entwicklung ist zu erwarten: Die Erklärung des Gases deutscher Produktion zum humansten Kriegsmittel gegen Bolschewiki und koloniale Revolutionäre.

Das Gas, das Betäubungs-, das Stickgas, strömt aus ihnen, noch bevor die Tanks, die Motorgeschütze, die Flugzeuge durch die Hände der in Uniform gesteckten Arbeiter in Bewegung gesetzt werden.

## DIE BAUERNBEWEGUNG IN HUNAN\*

### *Die Revolution auf dem flachen Lande*

#### 1. Die Bedeutung der Bauernfrage

Nach meiner Rückkehr in die Heimat habe ich im Verlaufe von 32 Tagen, vom 4. Januar bis zum 5. Februar, fünf Bezirke der Provinz Hunan bereist: Hsiangchei, Hsianghsiang, Tschunjang, Tsuilin und Tschangscha. Ich habe Versammlungen von Genossen veranstaltet, die in der Bauernbewegung tätig sind, habe ihre Berichte entgegengenommen und auf diese Weise zahlreiches Material sammeln können. Ich habe vieles gesehen, was man bisher weder gesehen noch gehört hat. Und da diese Lage der Dinge offenbar in allen Provinzen des Landes besteht und man andererseits die gemachten Fehler möglichst schnell korrigieren muß, — so wird die Veröffentlichung dieses Berichtes im Interesse einer richtigen Linie für die Zukunft von großem Werte sein.

Der Aufschwung der Bauernbewegung ist gegenwärtig eine überaus wichtige Frage. In nicht zu ferner Zeit werden sich in Mittel-, Nord- und Südchina Millionen von Bauern erheben und ihre Gewalt wird furchtbarer sein als die Gewalt eines Orkans. Welche Macht sie auch aufhalten wollte, sie werden doch ihre Ketten sprengen und den Weg der Freiheit betreten. Die Imperialisten, Militaristen, das alte Beamtentum, die Gentry und reichen Bauern werden von ihnen hinweggefegt werden. Das Hauptproblem des Tages ist nun: sollen wir uns an die Spitze der Bewegung stellen und die Führung derselben übernehmen, oder sollen wir hinterhertröten und Kritik üben. Ein jeder von uns muß hier die Wahl treffen, und zwar möglichst schnell.

Ich schreibe nunmehr meine Beobachtungen und Gedanken nieder und unterbreite sie einer Beurteilung durch die Genossen.

\* Bericht, veröffentlicht im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas „Guide Weekly“ am 12. März 1927.

## 2. Man beginnt sich zu organisieren . . .

Die Bauernbewegung in der Provinz Hunan verbreitete sich aus dem südlichen und zentralen Teil dieser Provinz über alle Bezirke ungefähr in zwei Perioden:

1. Die erste Periode — vom Januar bis zum September des vorigen Jahres — war die Organisationsperiode. Vom Januar bis zum Juli war die illegale Periode, und vom Juli bis September — nach Eintreffen der revolutionären Armee — begann die offene Arbeit. Um diese Zeit zählten die Bauernverbände nicht mehr als 300 000 bis 400 000 Mitglieder, die jedoch die unmittelbare Gefolgschaft einer Millionenmasse hatten. Um jene Zeit war in den Dörfern von einem Kampfe noch keine Rede und ebensowenig von einer Kritik, und da die Mitglieder der Bauernverbände für die Armee als Spione und Wegweiser tätig waren, so waren die Militärs auf sie gut zu sprechen.

2. Die zweite Periode — vom Oktober 1926 bis Januar 1927 — ist die revolutionäre Periode. Die Mitgliederzahl der Bauernverbände stieg auf zwei Millionen, die eine unmittelbare Gefolgschaft von mehr als 10 Millionen Bauern hatten (aus jeder Familie gehört nicht mehr als ein Familienmitglied einem Bauernverband an).

Annähernd die Hälfte der gesamten Bauernschaft Hunans ist im Bauernverband organisiert; in Hsiangtschu, Hsianghsiang, Liujan, Tschangscha, Tsuliln, Linhsiang, Pinsian, Sjanin, Tschuntschan, Tschunjang, Maijang, Linsian, Anchua und anderen Ortschaften gehört jedoch die gesamte Bauernschaft den Bauernverbänden an und unterwirft sich ihren Weisungen.

Da die Bauernschaft jetzt machtvolle Organisationen besitzt und aktiv zu werden beginnt, so kann man sagen, daß in den vier Monaten (von September vorigen Jahres bis zum Januar dieses Jahres) die große Revolution des chinesischen Dorfes geboren wurde.

## 3. Nieder mit den „Gentry“ und „Honoratioren“! Alle Macht den Bauernverbänden. . . .

Die Bauernschaft ist organisiert und hat mit ihren Aktionen eingesetzt. Das Hauptobjekt ihrer Angriffe sind die Gentry, die reichen Bauern (Gutsbesitzer), die religiöse Lebensart des Dorfes, die alten Beamten — die Bürokraten in den Städten und die reichen Wucherer im Dorfe. Die Gewalt dieser Angriffe „gleich dem Gewitter und dem Orkan“; die sie fliehen — bleiben am Leben, die sich ihnen widersetzen — gehen zugrunde. Im Gefolge dieser Angriffe wurden die tausendjährigen Rechte der feudalen Gutsbesitzer hinweggefegt und auf den Kehrriethaufen geworfen.

„Wie ein Sturmwind fegen sie über die Erde hinweg.“ Die Macht der Gentry geht zugrunde, die Bauernverbände sind die einzigen starken Organe, die die Losung verwirklichen: „Alle Macht den Bauernverbänden!“ Selbst kleine Familienangelegenheiten werden durch die Bauernverbände entschieden, und was der Bauernverband nicht billigt, das wird auch nicht gemacht.

Die Tätigkeit der Bauernverbände in den Dörfern verwirklicht das Wort „Gesagt — getan“, und selbst Außenstehende äußern sich dahin, daß die Bauernverbände gut seien, und können nicht sagen, daß sie schlecht seien.

Die Gentry, reichen Bauern und Gutsbesitzer sind zu Boden gedrückt — sie wagen nicht aufzubegehren; ein Teil von ihnen ist nach Schanghai, nach Hankau, nach Tschangscha und in die Bezirksstädte geflüchtet, während die in den Dörfern verbleibenden auf die Seite der Bauernverbände übergehen.

„Ich gebe einen Beitrag von 10 Dollar — nehmt mich in den Bauernverband auf,“ sagt der kleine Gentry.

Die Bauern erwidern:

„— Hm ... Wer braucht dein stinkendes Geld“ ...

Ein Teil der mittleren und kleinen Gutsbesitzer und die mittleren Bauern lehnten sich anfangs gegen die Bauernverbände auf, jetzt aber können sie nicht einmal in diese Verbände eintreten. Ich war an vielen Plätzen und habe ständig Menschen getroffen, die sich an mich mit der Bitte wandten:

„Ich bitte den Delegierten, der aus der Provinz gekommen ist, um die Güte ...“

Unter der früheren Dynastie Tsing (Mandschudynastie) gab es zwei Arten der Registrierung der Einwohner: „Direkte Listen“ und „Besondere Listen“.

Alle anständigen Menschen gehörten den „Direkten Listen“ an, während die Räuber, Plünderer und ähnliche Leute in die „Besonderen Listen“ eingetragen wurden. Gegenwärtig wird dies an einigen Orten von den Bauern wiederholt, die die „Besonderen Listen“ für diejenigen Personen gebrauchen, die sich den Bauernverbänden widersetzen.

„Tragt sie in die ‚Besonderen Listen‘ ein!“ ...

Solche Leute fürchten, in die „Besonderen Listen“ eingetragen zu werden und tüfteln alles mögliche aus, um nur in den Bauernverband hineinzukommen und finden erst dann ihre Ruhe, wenn ihr Name auf der Liste des Bauernverbandes steht; da die Bauernverbände alle sich ihnen Widersetzenden streng bestrafen, so kann nur derjenige ruhig leben, dessen Name in den Verbandslisten geführt wird.

#### 4. Sehr schlecht — und sehr gut ...

In den Dörfern haben die Bauern die Ruhe des Gentry aufgestört. Die Neuigkeiten des Dorfes gingen von Mund zu Mund, gelangten in die Stadt und erschreckten auch die städtischen Gentry.

Als ich nach Tschangscha kam, traf ich vier Leute aus verschiedenen Orten und hörte auf der Straße viele Gespräche zwischen Vertretern der mittleren und höheren Klasse bis hinauf zu den rechten Kuomintang-Leuten.

In allen diesen Gesprächen vernahm ich das Wort: „schlecht“ oder aber „sehr schlecht“. Und selbst ganz fortgeschrittene Leute und Revolutionäre, selbst diese sagen:

„Gewiß, das alles gehört zur Revolution, und doch ist es schlecht.“

Im allgemeinen kann man sagen, daß dieses Wörtchen „schlecht“ einen überall umschwirrt. Stimmt es aber auch?

Wenn wir das Gegenwärtige mit dem Vergangenen vergleichen, so sehen wir, daß ungeheure Bauernmassen begonnen haben, ihre historische Mission zu Ende zu führen. Die demokratischen Kräfte des Dorfes haben begonnen, die feudalen Kräfte zu stürzen. Dieser Sturz des Feudalismus ist ja auch der wahre Zweck der Revolution. Sun Yat-sen hat 40 Jahre lang die natio-

nale Revolution angestrebt und sie nicht erreicht; die Bauernschaft hat es jedoch in wenigen Monaten getan. Sie hat die patriarchalischen und feudalen Gentry, die reichen Bauern und Gutsbesitzer gestürzt, die Jahrtausende lang eine politische Basis unter den Füßen hatten und das Bollwerk der Militaristen, der alten Beamtenbürokratie und zuletzt auch der Imperialisten waren. Dies war während Jahrtausenden noch nie geschehen und ist erst jetzt Tatsache geworden. Und es ist „sehr gut“, und durchaus nicht „schlecht“ und beileibe nicht „sehr schlecht“. Wenn man den ganzen Komplex der demokratischen Revolution als eine Einheit betrachtet, so entfallen auf den Anteil der Stadtbevölkerung und der Armee drei Zehntel, auf den Anteil der Bauernschaft sieben Zehntel dieser Arbeit. Das „sehr schlecht“ — das zeigt die Meinung der Gutsbesitzer an, die über die Bauernschaft herfallen, es beweist, daß die Gutsbesitzer die Erhaltung des alten feudalen Systems wollen. Diese Meinung hemmt die Gründung einer neuen demokratischen Ordnung — ist also eine konterrevolutionäre Ansicht. Die revolutionären Genossen dürfen so nicht sprechen. Wenn du ein Mensch bist, der auf wahrhaft revolutionärem Standpunkt steht, so muß du, wenn du ins Dorf kommst, die Empfindung haben, daß hier etwas Ungewöhnliches geschehen ist: ungezählte Massen von Arbeitern und Bauern haben dort ihre Ausbeuter, ihre Feinde niedergeworfen, und das ist „sehr gut“.

Das „sehr gut“ — das ist die Meinung der Bauernschaft und aller revolutionären Parteien. Alle revolutionären Genossen müssen folgendes wissen: Die nationale Revolution zieht zwangsläufig auch große Veränderungen unter der Bauernschaft nach sich. Das Jahr 1911 kannte diese Veränderungen nicht, und die Revolution wurde niedergeschlagen. Gegenwärtig aber haben wir diese Wandlung und das ist sehr wichtig. Alle revolutionären Genossen müssen diese Wandlungen verteidigen, und wenn sie es nicht tun, dann sind sie eben Konterrevolutionäre.

##### 5. Die Frage des „Uebermäßigen“ . . .

Etliche Leute sagen:

„Bauernverbände muß es geben, ihre Handlungen gehen aber jetzt über jedes Maß hinaus“ . . .

Das ist die Meinung „der Partei der Mitte“. Trifft das zu? Gewiß, in den Dörfern kommen zum Teil „Unruhen“ vor. Die Macht der Bauernverbände ist sehr groß: Sie verbieten den Gutsbesitzern das Sprechen, haben deren Macht vernichtet, haben sie zu Boden geworfen und haben sie mit Füßen getreten. Bisweilen sagen sie: „Wenn du eigenes Land hast, dann bist du also ein Gutsbesitzer, wenn du gar keine Titel hast, dann bist du kein Le-schan“ (Honoratiore); an einigen Orten nennt man einen Bauern, der 50 Mu Land besitzt, einen „Gentry“, die Bauern, die lange Röcke tragen, nennt man „Le-schan“.

„Tragt sie in die Besonderen Listen ein“ . . .

Die Gentry und die Honoratioren nimmt man in Strafe, wenn sie sich widersetzen. Man dringt in ihre Häuser ein, tötet ihre Schweine, führt ihr Getreide weg und mißhandelt selbst Frauen und Schwestern der Gentry und Honoratioren.



Wenn jemand eine hohe Mütze aufsetzt und spazieren geht, ruft man ihm zu:

„He! Du Honoratiore, jetzt wirst du mich kennenlernen“ . . .

Die Ansicht der „Partei der Mitte“ hat wohl ihre Berechtigung, beruht aber letzten Endes auf einem Irrtum.

Erstens: Alles oben Erwähnte wird nur gegen die Gentry, Honoratioren und Gutsbesitzer in Anwendung gebracht. Früher beuteten sie die Bauernschaft aus, jetzt gibt ihnen die Bauernschaft die Antwort. Ueberall da, wo die Gentry, Honoratioren und Gutsbesitzer die Bauernschaft am meisten unterdrückten, tat sich jetzt die stärkste Gegenwirkung kund. Das Auge des Bauern geht nicht fehl; er sieht klar, was ein Honoratiore ist und was nicht, wer streng und wer leicht zu bestrafen ist; Unschuldige werden sehr selten bestraft. Tan Min-chuan sagte ja auch, — „wenn die Bauern den Gentry und Honoratioren zu Leibe gehen, so handeln sie in 9 von 10 Fällen richtig. . .“

Zweitens: Revolution — das ist nicht etwa „die Einladung eines Gastes zum Essen“, nicht Schreiben eines Buches oder Malen eines Bildes, so ästhetisch ist sie nicht. Revolution — ist der Aufstand einer Klasse, die die andere Klasse stürzt. Eine Bauernrevolution ist der Aufstand der Bauernschaft, die die Macht der feudalen Gutsbesitzer stürzt. Wenn die Bauernschaft nicht all ihre Kräfte ins Treffen führt, so kann sie die durch Jahrtausende befestigte Macht der feudalen Gutsbesitzer nicht stürzen. In den Dörfern muß eine starke revolutionäre Strömung herrschen, weil nur so damit zu rechnen ist, daß die Bauernschaft zu einer großen Macht werden kann. Alle aufgezählten Akte „übermäßiger Handlungen“ resultieren aus dem ungeheuer revolutionären Elan des Dorfes und sind in der zweiten (revolutionären) Periode der Bauernbewegung unerläßlich. Im Verlaufe dieser zweiten Periode muß die absolute Macht der Bauernschaft geschaffen werden. Ebenso notwendig ist es, die Kritik anderer an den Bauernverbänden zu unterdrücken, notwendig ist es, die Macht der Honoratioren niederzuwerfen und mit Füßen zu treten, weil all diese „übermäßigen Handlungen“ in der zweiten Periode revolutionäre Bedeutung haben.

Im Grunde genommen muß in jedem Dorfe für kurze Zeit der Terror geübt werden, sonst wird es nicht möglich sein, die Tätigkeit der konterrevolutionären Partei in den Dörfern zu unterdrücken, die Macht der „Honoratioren“ zu stürzen.

Entgegengesetzte Meinungen hemmen den Aufschwung der Bauernbewegung, verderben die Revolution. Wir können nicht umhin, gegen sie zu sein.

## *B. Die revolutionäre Avantgarde*

### 1. Die Bewegung des „Auswurfs“

Der rechte Flügel der Kuomintang sagt:

„Die Bauernbewegung — das ist eine Bewegung des Auswurfs der Bauernschaft, eine Bewegung der bäuerlichen Faulenzer. . .“

Diese Meinung ist besonders in Tschangscha verbreitet.

Als ich in die Dörfer kam, hörte ich die Gentry sagen:

„Die Bauernverbände können sich betätigen, notwendig ist aber, daß man die Leute, die an ihrer Spitze stehen, entfernt. . .“

Diese Ansicht, ebenso wie die Ansicht des rechten Flügels der Kuomintang, besagt, daß es eine Bauernbewegung geben muß — (denn die Bauernbewegung ist ja Tatsache geworden und niemand wagt zu behaupten, daß sie nicht bestehen dürfe), daß aber die Leute, die die Bauernbewegung leiten, diese nicht leiten dürfen. Besonders verhaßt sind aber die Personen, die die unteren Aemter in den Bauernverbänden versehen: Von ihnen wird behauptet, sie seien „Auswurf“. Das sind die Menschen, von denen man früher sagte, sie hätten die vier schlimmsten Laster, die Menschen, die man bisher ausgebeutet hat. Nunmehr aber haben sie ihr Haupt erhoben. Sie haben nicht nur ihr Haupt erhoben, sondern auch die Gewalt in ihre Hand genommen. Die Bauernverbände des Dorfes haben sich in ihren Händen in eine harte Waffe verwandelt. Sie binden die „Honoratioren“ mit Stricken, setzen ihnen hohe Mützen auf den Kopf und führen sie im Dorf herum (in den Bezirken Hsiangtschu und Hsianghsiang nennt man das „Spaziergang im Kreise“, im Bezirk Tsulin „Spaziergang zum Wall“). Die „Honoratioren“ hören täglich von diesen rohen Akten.

Die Menschen, die bisher am höchsten standen, stehen jetzt am tiefsten. Und das nennt man eben „Revolution“.

## 2. Die revolutionäre Avantgarde oder die bewegenden Kräfte der Revolution

Man kann jede beliebige Sache, wie jeden beliebigen Menschen von zwei entgegengesetzten Standpunkten ansehen. Als Beispiel hierfür dient das „sehr gut“ und das „sehr schlecht“, oder „Auswurf“ und „revolutionäre Avantgarde“.

Vorher wurde schon davon gesprochen, daß die Bauernschaft eine große revolutionäre Arbeit geleistet hat, die man bisher noch nie erlebt hatte; die Bauernschaft hat in der nationalen Revolution die allerwichtigste Arbeit vollbracht. Hat aber die gesamte Bauernschaft diese große Revolution gemacht, diese wichtigste revolutionäre Arbeit vollbracht? — Nein!

Unter der Bauernschaft gibt es drei Klassen: Reiche, mittlere und arme Bauern; das Verhältnis dieser drei Klassen zur Revolution ist ebenso wie ihre Stellung nicht das gleiche.

In der ersten Periode konnte man unter den reichen Bauern (die über reichliche Mittel und reichliches Getreidegut verfügen) unausgesetzt Redensarten hören wie: In Tschangtsi erleidet man dauernd Niederlagen, Tschang Kai-schek ist am Bein verletzt und ist auf einem Flugzeug nach Kwangtung geflüchtet, Wu Pei-fu hat aufs neue Wuhan besetzt. „Die drei demokratischen Prinzipien“ können nicht verwirklicht werden, weil solches bisher nie geschehen ist.

Die Funktionäre der Bauernverbände in den Dörfern (größtenteils „Auswurf“) baten sie, indem sie die Verbandslisten vorzeigten:

„Bitte, schließt Euch dem Bauernverband an.“

Die reichen Bauern erwiderten:

„Dem Bauernverband? Ich lebe hier schon einige Jahrzehnte, bearbeite meinen Acker Jahrzehnte lang, habe aber nie einen Bauernverband gesehen und wurde doch satt. Es ist für Euch besser, euch mit diesen Dingen nicht abzugeben.“

Die besten der reichen Bauern sagten uns:

„Was ist das für ein Bauernverband? Das ist ein Verband der Kopfabschläger. Man darf Menschen nichts zuleide tun.“

Die Honoratioren unter den reichen Bauern sagten:

„Es ist sehr sonderbar, die Bauernverbände bestehen erst einige Monate, wagen es aber, gegen die Gentry aufzutreten.“

Als aber die Bauernverbände damit begannen, die Gentry, die ihre Opiumpfeifen nicht lassen wollten, öffentlich zur Schau zu stellen, als sie in den Kreisstädten die Groß-Gentry umzubringen begannen (so z. B. in der Stadt Anchuan im Bezirk Hsiangpu, in der Stadt Tangtsi und im Bezirk Ninhsiang), als die „Gesellschaft zum Gedächtnis der Oktoberrevolution“, ein antibritischer Verband, die „Gemeinschaft für den Sieg der Nordexpedition“, die Zehntausende von Menschen, ausgerüstet mit großen und kleinen Fahnen, und mit eisernen Schaufeln auf den Schultern auf die Straßen führte, in Kolonnen ihre Macht demonstrierten, da erfaßte die reichen Bauern heilloser Schrecken.

Dann begann der Siegeslauf der Nordexpedition und sie hörten, daß Wuhan genommen war, daß Wu Pei-fu endgültig geschlagen war; da begannen sie blaurote Plakate herauszuhängen mit den Aufschriften:

„Es leben die drei demokratischen Prinzipien!“

„Es lebe der Bauernverband!“

Der reichen Bauern hatte sich furchtbare Wut bemächtigt.

„Es lebe der Bauernbund! Das heißt also, es leben auch diese Leute.“

Die Bauernverbände triumphierten; die Verbandsmitglieder sagten von den reichen Bauern:

„Man muß sie in die Besonderen Listen eintragen.“

„Wer nach einem Monat in den Verband eintritt, zahlt einen Beitrag von 10 Dollar.“

Unter diesen Umständen begannen die reichen Bauern allmählich in die Bauernverbände einzutreten. Einige Bauern zahlten bei ihrem Eintritt in den Verband einen Beitrag von 5 ct. bis zu einem Dollar (der ursprüngliche Beitrag betrug 100 copper), einige aber wurden ganz von der Beitragszahlung befreit. Etliche der „Dickköpfigen“ sind bis zum heutigen Tage nicht dem Verband beigetreten. Die reichen Bauern, die selbst die Annäherung an den Verband fürchteten, schickten 60- und 70jährige Greise vor, die um den Eintritt in den Verband nachsuchen sollten.

Die Mittelbauern (ohne Vermögen an Geld und Getreidegut, von der jährlichen Ernte lebend), schwankten, sie dachten nicht einmal an revolutionäre Gesellschaften und hielten es für das beste, wenn sie Reis im Topfe hatten und niemand an ihre Pforte pochte, um sie mit Abrechnungen zu behelligen. Sie machten sich ursprünglich gar keine Vorstellung über diese Dinge.

„Werden wohl die Bauernverbände zustande kommen?“

„Werden die drei demokratischen Prinzipien wohl verwirklicht werden?“

Sie waren der Ansicht, daß all das ja eigentlich nichts mit dem Wetter zu tun hätte.

„Werden mir denn die Funktionäre der Bauernverbände auch sagen, was wir für Wetter bekommen?“

In der ersten Periode gingen die Mitglieder der Bauernverbände zu den mittleren Bauern ins Haus mit den Listen und sagten zu ihnen:

„Bitte, tretet in den Bauernverband ein.“

Der Bauer erwiderte:

„Das paßt mir gar nicht in den Kram.“

In der zweiten Periode, als die Bauernverbände sich gefestigt hatten, da begannen die Mittelbauern in die Verbände einzutreten. Und wenn sie sich dort auch einwandfreier verhielten als die reichen Bauern, so waren sie doch unbeständig und schwankend.

Nur eine Gruppe führte den Kampf — die armen Bauern. Sie führten den Kampf, beginnend von der Periode der Illegalität bis zur offenen Tätigkeit der Verbände: Die Organisierung der Verbände, das war ihr Werk, und die Revolution wurde auch ihre Revolution. Sie allein kämpften gegen die Gentry und gegen die Honoratioren, sie waren es, die diese unausgesetzt zu Boden schlugen, und die ganze Zerstörung des Alten war ihr Werk.

Sie sprachen zu den reichen und mittleren Bauern:

„Wir sind dem Bauernverband schon beigetreten, warum trottet Ihr hinterher?“

Die Groß- und Mittelbauern antworteten ihnen lachend:

„Ihr habt keinen Dachziegel über dem Kopf, keinen Fuß breit Boden unter den Füßen, warum solltet Ihr da nicht dem Verband beitreten.“

Und wirklich, die armen Bauern fürchteten nicht, etwas zu verlieren. Es waren ganz besitzlose oder halbbesitzlose Bauern. Die Tatsache traf auf sie unbedingt zu, daß:

„ . . . sie keinen Dachziegel über dem Kopf und keinen Fuß breit Boden unter den Füßen hatten.“

Was sollten sie auch da für einen Grund haben, nicht in den Bauernverband einzutreten?

Nach dem Berichte des Verbandes in Tschangscha machen die armen Bauern 70 Prozent, die Mittelbauern 20 und die Großbauern 10 Prozent aus. Die 70 Prozent der armen Bauern teilen sich aber noch weiter in ganz Besitzlose und halb Besitzlose.

Als ganz Besitzlose werden diejenigen bezeichnet, die keinerlei Beschäftigung haben, die weder Land noch Geld besitzen, denen nichts anderes übrig bleibt als Soldat zu werden, zwecks Erwerb nach anderen Orten zu gehen, zu vagabundieren oder Räuber zu werden. Solche Personen machen 20 Prozent unter den 70 aus.

Zu den halb Besitzlosen gehören jene Personen, die etwas Beschäftigung haben, ein wenig Land und geringe Mittel, die ihr ganzes Leben mit Arbeit verbringen, zum Teil ihren eigenen Boden bestellen usw. Diese bilden 50 von den 70 Prozent (in manchen Bezirken ist die Zahl der armen Bauern nicht so groß, doch ist der Unterschied nicht beträchtlich).

Diese Masse der armen Bauern bildet nun die Hauptstütze der Bauernverbände, es ist die Avantgarde, die die feudalen Gewalthaber vernichtet und die das große bisher nie gesehene Werk der Revolution schuf.

Hätte es diese Klasse der Dorfarmen (des „Auswurfs“ — nach den Worten der Gentry) nicht gegeben, so gäbe es natürlich auch keine Revolution des

Dorfes; so wäre es auch nicht möglich geworden, die Gentry und „Honoratioren“ zu stürzen und eine demokratische Revolution durchzuführen.

Vermöge der Tatsache, daß die armen Bauern (insbesondere die ganz Besitzlosen) außerordentlich revolutionär waren, rissen diese in den Bauernverbänden auch die Macht an sich. (Im Bezirk Tschunschan bekleiden die ganz besitzlosen Bauern 50 Prozent aller Ämter in den Bauernverbänden, die halbbesitzlosen 40 Prozent.

Diese Führerschaft der armen Bauern ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Gäbe es sie nicht, so gäbe es auch keine Revolution, würde man sie entfernen, so bedeutete dies, die Revolution zertrümmern. Würde man sie niederschlagen, so bedeutete das die Revolution niederschlagen. Ihr revolutionärer Elan geht nicht in die Irre: Sie schlugen die Gentry und die „Honoratioren“ ins Gesicht, sie schlugen die großen und kleinen Gentry zu Boden und traten sie mit Füßen. Sie vollbrachten in der revolutionären Periode viele „unmäßige“ Handlungen, und das war eben revolutionäre Notwendigkeit.

Einige Bezirksinstanzen, Bezirkskomitees der Partei und Bezirks-Bauernverbände im südlichen Hunan machten folgende Fehler: Sie erbateten die Entsendung von Truppen zum Schutze der Gutsbesitzer und verhafteten untere Funktionäre der Bauernverbände.

In zwei Bezirken, Tschunschan und Hsianghsiang, wurden einige gute Verbandsmitglieder und Verbandsvorsitzende ins Gefängnis gesteckt. Das war ein überaus bedeutsamer Fehler, damit wird unbewußt der reaktionären Partei Hilfe gebracht. Wenn Funktionäre und Verbandsvorsitzende verhaftet werden, so löst das bei den Gutsbesitzern dieser Ortschaften nur Freude aus. Sie wissen genau, ob dies ein Fehler ist oder nicht. Wir müssen gegen die reaktionären Losungen: „Bewegung des Auswurfs“ und „Bewegung der bäuerlichen Faulenzer“ ankämpfen, gleichzeitig müssen wir unsere Aufmerksamkeit auch darauf lenken, daß niemand (wenn auch ohne Absicht) den Gentry und den Honoratioren helfe, die führenden armen Bauern niederzuschlagen.

Wenn auch früher diese Führer der armen Bauern wirklich „alle vier Laster“ besaßen, so haben sie sich doch jetzt zum besseren verändert. Sie selbst verbieten Hazardspiele und das Räubern. Und in jenen Orten, wo der Einfluß der Bauernverbände groß ist, sind denn auch die Hazardspiele verschwunden und das Räubern ausgemerzt, so daß vielerorts in der Nacht die Tür nicht mehr verschlossen wird.

Nach dem Bericht des Bezirks Tschunschan haben sich von 100 Führern der armen Bauernschaft 85 zum Guten verändert. Sehr gut. Die verbleibenden 15, die des Guten nicht teilhaftig wurden, von denen man sagen kann: eine schlechte Minderheit, bestätigen natürlich nicht die Worte der Gentry und der Honoratioren bezüglich des „Auswurfs“.

Für diese „schlechte Minderheit“ muß man die Losung aufstellen — „straffe Disziplin der Bauernverbände“ und ihnen dies klar machen, keineswegs aber Soldaten herbeirufen, nicht das Vertrauen der armen Bauern erschüttern und nicht den Gentry und Honoratioren unter die Arme greifen. Dem allen muß große Aufmerksamkeit zugewandt werden.

B. Ferdi:

DER KEMALISMUS AUF DER BAHN DER  
KAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNG

Der Heroismus der Mehmedschik hatte den glänzenden Sieg der Unabhängigkeitsarmeen in der Türkei möglich gemacht. Den Sieg über die Söldlinge des Entente-Imperialismus. Anatolien wurde noch vor Ende des Jahres 1922 von den Kräften der Invasionsarmee, die ins Meer geschleudert oder gefangen genommen worden war, vollständig gesäubert. Die bewaffneten Volksmassen lagerten vor den Toren Konstantinopels und der Dardanellen, die von den englischen Truppen besetzt waren, voller Ungeduld, das Werk der nationalen Befreiung zu vollenden.

Die Kemalisten hatten es nicht verstanden, diese außerordentlich günstige Situation in Lausanne, sowie dies geboten war, auszunützen, um ein für alle mal die Türkei von jeder Einmischung des Imperialismus, welches immer auch der Beweggrund wäre, zu befreien. Sie hatten sich in all den Punkten, welche die politische Unabhängigkeit berührten, unerbittlich und sehr unnachgiebig gezeigt, aber sie glaubten, bezüglich der wirtschaftlichen Probleme nicht hartnäckig sein zu müssen. In dieser Frage waren die Rollen vertauscht. Die Delegierten der verbündeten Mächte wollten bezüglich ihrer in der Türkei erworbenen wirtschaftlichen Rechte keinen Fußbreit weichen. In der Ueberzeugung, daß alle politischen Vorrechte aus dem wirtschaftlichen Druck entspringen, hatten sie zu keiner endgültigen Lösung, die auch nur den geringsten Verzicht von ihrer Seite bedeutet hätte, ihre Unterschrift gegeben. Auch die Frage der Schulden der Türkei war vom Lausanner Vertrag einfach ausgenommen und vertagt worden. Auch heute noch bleibt sie in Schweben. In der Zollfrage zwangen sie den Kemalisten eine provisorische Lösung auf, die bis zum Jahre 1928 gilt und die alten Tarife mit einigen Milderungen aufstellt. In einem Jahre also — fünf Jahre nach der politischen Befreiung — wird die türkische Republik erst ein Zollregime haben, das vollständig unabhängig ist. Was die Konzessionen und die großen kapitalistischen Unternehmungen betrifft, die in den Händen des ausländischen Kapitals waren, so anerkannten die Kemalisten ganz einfach ihre Legitimität, wobei sie bloß den Vorbehalt machten, das sie den Gesetzen, die im Lande in Kraft sind, unterworfen würden. Sie hofften, dank der Beseitigung der Kapitulationen — eine Art ungleicher Verträge, die den chinesischen vergleichbar sind — einzig und allein kraft der Gleichheit der Behandlung das ausländische Kapital von seinen strategischen Positionen in der Volkswirtschaft der Türkei zu vertreiben. Das war zweifellos die charakteristische Haltung einer nationalistischen Bourgeoisie, die der Anschauung ist, daß sie das ausschließliche Recht hat, die natürlichen Reichtümer und die Arbeitskräfte ihres Landes auszubeuten, die aber gleichzeitig es für gefährlich hält, alle Beziehungen zwischen ihr und dem internationalen Kapital abzurechnen, da sie es für möglich hält, daß sie später einmal genötigt wäre, vom fremd-

ländischen Kapital Hilfe zu fordern. Die Führer der jungen anatolischen Bourgeoisie waren geradezu davon geblendet, das unverhoffte Ergebnis erzielt zu haben, die vollständige politische Anerkennung ihres Landes bei den imperialistischen Mächten durchzusetzen. Es schien ihnen, daß der Rest von selbst kommen müßte. Und anstatt das Erreichte noch einmal in Gefahr zu bringen, hatten sie es vorgezogen, zweideutigen Lösungen oder sogar der Vertagung gewisser Streitpunkte, bei denen die Gesichtspunkte diametral entgegengesetzt waren, zuzustimmen. Die Regierung Kemal Paschas befand sich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Lausanne denselben Schwierigkeiten gegenüber, wie die Regierung der Einheit und des Fortschritts nach der Revolution von 1908, allerdings mit dem sehr großen Unterschied, daß der Weltkapitalismus bereits in die Periode seines Niedergangs eingetreten war und daß das Proletariat in einem wichtigen Teil der Erdoberfläche bereits die Macht den Händen der Bourgeoisie entrisen hat. Die Aufgabe, die in der Türkei zu vollbringen war, war eine gewaltige. Während der 33 Jahre seiner Herrschaft konnte sich Abdul Hamid nur dadurch an der Macht halten, daß er die oft entgegengesetzten Gelüste der mit einander rivalisierenden imperialistischen Mächte mittels Konzessionen befriedigte, die er das eine Mal diesen, das andere Mal jenen gab. So war es gekommen, daß die gesamten Quellen der Volkswirtschaft in der Türkei in den Besitz des fremdländischen Kapitals gelangt sind. Das rasche Vordringen des privilegierten ausländischen Kapitals auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Betätigung erstickte buchstäblich die Mittelschichten und hemmte ihre Entwicklung durch eine Konkurrenz, der sie nicht gewachsen waren. Um dieser systematischen Ausplünderung der nationalen Reichtümer ein Ende zu setzen, hatten sich die fortgeschrittensten Schichten jener Mittelklasse unter Führung des Komitees für Einheit und Fortschritt erhoben und die Revolution vollbracht, die eine Verfassung festlegte und den Absolutismus Abdul Hamids vernichtete.

Aber diese Bourgeoisie der „Einheit und des Fortschritts“ hatte, als sie zur Macht kam, angesichts der Einkreisung durch die Imperialisten keinen Stützpunkt im Auslande. Daher vermochte sie nicht das Land von der internationalen Finanz, die sich, als wäre sie hier zu Hause, niedergelassen hatte, zurückzuerobern. Daher blieb dieser unerfahrenen und überdies sehr furchtsamen Bourgeoisie nichts anderes übrig, als sich um die Freundschaft einer der miteinander rivalisierenden imperialistischen Gruppen zu bewerben. So entartete sie bald und sank in die Rolle eines Maklers und Teilhabers des ausländischen Kapitals hinab. Es bedurfte der außerordentlichen Umstände, wie sie der Krieg brachte, damit die türkische Regierung die Initiative ergriff, um die „Kapitulationen“ zu beseitigen und sich die Möglichkeit einer unabhängigen Entwicklung zu sichern, einer Entwicklung, die gefördert wurde durch die augenblickliche Allmacht des Staatsapparates in der Türkei.

Unmittelbar nach dem Abschluß des Lausanner Friedens waren für die wohlhabenden Schichten der anatolischen Mittelklasse, die durch die Partei Kemals repräsentiert wurden, günstigere Umstände der wirtschaftlichen Entwicklung gegeben.

Abgesehen davon, daß bereits eine gewaltige Bresche in die imperialistische Einkreisung geschlagen worden war, so war auch der Weg, der im

Innern der Türkei zu betreten war, durch die Erfahrung der unionistischen Periode einigermaßen geebnet. Aber was wesentlich ist, ist folgendes: Fünf Jahre der konkurrenzlosen Wirtschaft auf dem inneren Markt (dank der durch die Kriegsnotwendigkeiten bedingten Isolierung von der Außenwelt), hatten gewissen Schichten der Mittelklasse (Bauern, Gewerbetreibenden, kleinen Industriellen), die mit der nationalen Produktion direkt verbunden waren, die Möglichkeit gegeben, inmitten des allgemeinen Elends einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung zu nehmen. Infolgedessen war die soziale Basis des neuen Regimes eine viel festere, als die des früheren.

Die Kemalisten vertrauten auf ihre Kräfte, um die Aufgaben zu bewältigen, vor denen ihre Vorgänger entmutigt zurückgewichen waren. Das schwächliche und korrupte Regime in der Zeit der Monarchie hatte zu dem katastrophalen Ergebnis geführt, daß alle Eisenbahnlinien, alle Häfen, alle großen Unternehmungen der öffentlichen Arbeiten, fast alle Bergwerke, die wichtigsten Industrieunternehmungen, der Außenhandel und die hauptsächlichsten Kreditinstitute im Besitze des imperialistischen Kapitals waren. Es handelte sich nun darum, einen planmäßigen und unerschütterlichen Kampf gegen diesen Eindringling zu führen, um ihn, wenn schon nicht zu beseitigen oder zu lähmen, wenigstens einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen und ihn daran zu hindern, die weitere unabhängige Entwicklung der Volkswirtschaft zu hemmen. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man von jenem Zeitpunkt an handgreifliche Resultate als Aktivposten der Volkspartei buchen. Wir wollen im folgenden die vielfachen Erscheinungen dieses unterirdischen Kampfes auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und der Finanzen, der dem türkischen Nationalismus sein anti-imperialistisches Gepräge noch weiter gewahrt hat, der Reihenfolge nach darstellen.

### Transport und Industrie

Die Kemalisten hatten sofort die Bedeutung der Eisenbahnen für die Modernisierung, Wertsteigerung und Ausbeutung der Wirtschaft des Landes erfaßt. Sie hatten auch verstanden, daß man ohne die Beherrschung der Eisenbahnlinien nicht in der Lage sei, einen beherrschenden Einfluß auf die Volkswirtschaft auszuüben. So haben sie daher von allem Anfang an der Frage des Verkehrs eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Man kann sagen, daß der Angelpunkt der Politik des Kabinetts von Ismeth Pascha bis zum heutigen Tage dessen Politik auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens und der öffentlichen Arbeiten war. Das Eisenbahnnetz der Türkei verteilte sich folgendermaßen auf die verschiedenen Gruppen des imperialistischen Kapitals:

Französisch-belgisches Kapital (Gebiet von Smyrna, Adana u. Thrazien)	1700 km
Englisches Kapital (Gebiet von Aidin)	515 „
Deutsches Kapital (einstige Bagdad-Bahn; Gebiet von Angora u. Konia)	1650 „
Sonstiges Kapital	200 „

---

4065 km

Die Regierung hatte während des Krieges aus militärischen Gründen die anatolische Linie (deutsches Kapital) in ihre Regie übernommen. Eine der ersten Aufgaben der zweiten Nationalversammlung von Angora bestand darin, sich über das künftige Schicksal dieser Linie schlüssig zu werden. Die



Nationalversammlung war in zwei Lager geteilt: die einen gingen von der Behauptung aus, daß der Staat ein schlechter Verwalter sei und traten infolgedessen für die sofortige Uebergabe der Regie an eine Konzessionsgesellschaft ein, die anderen stützten sich, im Gegensatz zu den ersteren, auf die vielversprechenden Ergebnisse der staatlichen Eisenbahnverwaltung und auf die Lebenswichtigkeit der unmittelbaren Beherrschung dieser Hauptschlagader des anatolischen Handels, und verfochten infolgedessen die These des endgültigen Ankaufs. Die Eisenbahngesellschaft hatte alles ins Werk gesetzt, um diese Lösung zu verhindern. Nach leidenschaftlichen Debatten hatten die Parteigänger des Ankaufs der Linie gewonnenes Spiel. Der Beschluß, der in diesem Sinne gefaßt wurde, bedeutet den Ausgangspunkt der ganzen Eisenbahnpolitik der Kemalisten. Indessen ist die Regierung, trotzdem sie die Linie bis zum heutigen Tage verwaltet und auch verbessert hat, noch nicht zu einem Uebereinkommen mit der Eisenbahngesellschaft über die Bedingungen und den Preis des Ankaufs gelangt. Es ist davon die Rede, der Gesellschaft einen Betrag von 60 bis 80 Millionen Dollar auszuzahlen, wobei der Wert der gesamten Eisenbahnlinien auf 250 Millionen Dollar geschätzt wird.

Weiterhin war es aber notwendig, auch die anderen Gebiete des Landes mit modernen Verkehrsmitteln zu versorgen. Tatsächlich war das Eisenbahnnetz, das als Erbe des ehemaligen Regimes übernommen wurde, nur in den westlichen und mittleren Gebieten von Kleinasien einigermaßen ausgebaut. Die Provinzen des Nordens und des Ostens waren aber in dieser Hinsicht vollständig vernachlässigt. Die nationalistische Bourgeoisie hatte es sich zum Ziel gesetzt, gerade aus diesen halb feudalen Gebieten ein Höchstmaß von Profit zu ziehen. Die großzügigen Vorschläge der Shester-Konzession waren gerade auf diese Perspektive eingestellt, nämlich darauf, Ost-Anatolien und das Küstengebiet am Schwarzen Meer mit dem Zentralgebiet und dem Süden des Landes zu verbinden und hier die moderne Technik einzuführen. Nach dem kläglichen Zusammenbruch dieses imaginären Unternehmens hatte sich keine andere Gruppe ausländischer Kapitalisten dazu erboten, Arbeiten dieser Art zu Bedingungen, die für die nationalistische Regierung annehmbar gewesen wären, auszuführen.

Die im Sinne des ausländischen Kapitals ungünstige Lösung, welche die Frage der anatolischen Eisenbahn gefunden hatte, sowie die gesetzlichen Einschränkungmaßnahmen, die sich auf die ausländischen Unternehmungen bezogen (Verpflichtung, sich der türkischen Sprache zu bedienen, das nicht türkische Personal zu verabschieden, sich in die Register der zuständigen Behörden einzutragen, Kautionen zu erlegen, sich den türkischen Handelskammern anzuschließen usw.), all dies hatte eine abwartende und der jungen Republik mißgünstige Haltung der internationalen Finanz bewirkt. Die Unsicherheit der gesamten Lage, besonders angesichts der Unlösbarkeit der Mossulfrage und der Verleumdungsfeldzug der imperialistischen Kreise gegen die türkischen Nationalisten, hatten diese Zurückhaltung nur gesteigert. Infolgedessen wurden nicht nur keine neuen Kapitalien nach der Türkei eingeführt, sondern es liquidierten sogar gewisse alteingesessene Unternehmungen, besonders solche, die unter britischer Leitung standen, ihre Geschäfte.

Die türkische Volkspartei war nichtsdestoweniger fest entschlossen, ihr

Wirtschaftsprogramm weiter zu verwirklichen, und faßte schon im Jahre 1924 den Beschluß, mit eigenen Mitteln, d. h. also aus den Mitteln des staatlichen Budgets, die Eisenbahnlinien zu bauen, die ihr zur Auswertung der natürlichen Reichtümer des Landes unumgänglich notwendig schienen. So wurde ein ganz sorgfältig ausgearbeiteter Plan, der zeitlich nicht begrenzt war, ins Werk gesetzt. Die Regierungsorgane begannen gleichzeitig an verschiedenen Punkten des Landes mit dem Bau der geplanten Linien.

Folgende Eisenbahnlinien sind bereits im Bau oder sollen demnächst in Angriff genommen werden:

Eisenbahnlinie	Gesamtlänge	Bereits in Benützung
Samsun—Siwas . . . . .	380	132 km
Angora—Siwas . . . . .	500	318 „
Kutahya—Tawuchanli . . . . .	220	98 „
Angora—Herakles . . . . .	420	— „
Guller—Ergani—Diarbekir . . . . .	500	— „
Uulukschla—Césare . . . . .	190	— „
	2210	548 km

Wenn wir die noch im Bau befindlichen Linien mitzählen, so wurden bisher von den türkischen Arbeitern und Ingenieuren auf Kosten der breiten Verbrauchermassen mehr als 600 Kilometer Eisenbahnstrecke und zahlreiche Brücken sowie Tunnels gebaut. Aber diese Arbeit ist in sehr langsamem Tempo vorwärtsgegangen. Es wurden durch die verantwortlichen Verwalter große Mißbräuche bezüglich der Löhne der Arbeiter und der Materiallieferungen getrieben. Auch sonst bereiteten diese Unternehmungen dem Fiskus große Verlegenheiten. Die Regierung legte Wert darauf, das Tempo des Baues zu beschleunigen, ohne daß sie in der Lage war, die dazu notwendigen Ausgaben sofort zu bestreiten.

So kam es dahin, daß sie im letzten Winter sich beeilte, die Angebote zweier Gruppen ausländischer Kapitalisten (belgischer und schwedischer) anzunehmen, worin diese sich bereit erklärten, die in Frage kommenden Linien auf Kredit fertig zu stellen. Es handelt sich dabei nicht um Konzessionen im eigentlichen Sinne. Die Linien werden dem Staate gehören, aber die Bedingungen, unter denen der Bau vor sich geht, sind außerordentlich schwer. Der tatsächliche Wert der auszuführenden Arbeiten (mehr als 1000 Kilometer Eisenbahnstrecke und Einrichtung der Häfen von Samsun und Herakles) soll 70 000 Dollar nicht überschreiten. Indessen muß der Staatsschatz den fremdländischen Kapitalisten im Laufe von 10 Jahren mehr als 100 000 Dollar zahlen. Die Kemalisten sind davon begeistert, daß sie es mit unpolitischem Kapital zu tun haben, aber es ist erwiesen, daß hinter der schwedischen Gruppe Finanzleute der City stehen. Man kann diese Vereinbarungen mit den beiden Kapitalistengruppen als den ersten Schritt der Kemalisten auf dem Wege des Kompromisses mit dem Imperialismus ansehen.

Auf dem Gebiete der Industrie hat sich die Regierung damit begnügt, die private Initiative anzuspornen und zu unterstützen. Die unbedeutenden Kapitalien, die der anatolischen Bourgeoisie zur Verfügung stehen, bewirken, daß den Worten nur selten Taten folgen. Wir stehen vor einem Haufen Projekten, die vorläufig keine Aussicht auf Verwirklichung haben.

Zuerst hatte man nur an die landwirtschaftliche Industrie gedacht. Diese, die hauptsächlich in den Gebieten, die von den Invasionstruppen besetzt waren, vorherrscht, hatte durch die griechischen Flüchtlinge ernstlichen Schaden erlitten. Die Regierung hatte die dort befindlichen Unternehmungen zu Spottpreisen den Günstlingen der Volkspartei zugeteilt. Sie hatte ihnen außerdem Anleihen und Subventionen gewährt; dadurch war es möglich, im Laufe von 3 Jahren das Niveau der Vorkriegsproduktion zu erreichen und sogar zu überschreiten, und zwar in folgenden Produktionszweigen: Alkoholdestillieren, Fabriken für Olivenöl, Seifenfabriken, mit Motorkraft betriebene Mühlen, Konservenindustrie usw. Besondere Erwähnung verdienen die Textilindustrie (Baumwolle, Schafwolle, Seide) und die Lederindustrie. Auf diesen Gebieten wurde nicht nur alles, was schon früher existiert hat, wieder hergestellt und verbessert, sondern man hat auch einige neue Betriebe mit besserer Technik errichtet. Ein großer Teil der Nachfrage des inländischen Marktes wird durch die Erzeugnisse dieser Fabriken bereits befriedigt.

Neben dieser Industrie sind noch einige mit elektrischer Kraft betriebene Unternehmungen, Fabriken für Baumaterial, eine große türkisch-deutsche Aeroplanfabrik, zwei Zuckerraffinerien, von denen wir in unserm letzten Artikel gesprochen haben, usw. anzuführen. Die im Laufe der letzten Jahre in diesen Industrieunternehmungen angelegten Kapitalien können mit 12 Millionen Dollar angegeben werden. Man kann dabei annehmen, daß ein Drittel dieser Werte vom Staate beigesteuert wurde, und daß die Hälfte vom privaten Kapital, inländischem und ausländischem, und der Rest, das sind ungefähr zwei Millionen Dollars, aus den Ersparnissen des Volkes beigesteuert sind. Denn es ist in den letzten Jahren beinahe zur Regel geworden, den großen Unternehmungen, ob nun der Industrie oder des Handels, die Form anonymer Gesellschaften zu geben. Die Massen der kleinen Sparer, die ihnen früher Mißtrauen entgegenbrachten, beginnen allmählich ihre kleinen Ersparnisse in diese Unternehmungen hineinzustecken. Gewisse Unternehmungen verdanken ihr Dasein der Beteiligung dieser sozialen Schichten.

Abgesehen von den Schutzmaßnahmen, die, um die Industrie anzuspornen, durch die Gesetzgebung seitens der Regierung getroffen werden, gewährt die Regierung der Industrie alljährlich unter verschiedenen Formen eine Geldhilfe von ungefähr 400 000 Dollar. Die Unternehmungen, die durch das ausländische Kapital finanziert werden, genießen für den Fall, daß sie sich als türkische Gesellschaften ausgeben, alle die Freiheiten und Rechte, die der gesamten Industrie durch das Gesetz gewährt werden.

Was die Schwerindustrie betrifft, so muß gesagt werden, daß es eine solche, abgesehen von den staatlichen Munitions- und Geschützfabriken und von einigen großen Eisenbahnreparatur-Werkstätten in der Türkei gar nicht gibt. Es gibt wohl eine kleine Metallindustrie, die insgesamt 15 000 Arbeiter beschäftigt, aber selten findet man Betriebe, die mehr als 100 Arbeiter beschäftigen. In den meisten Fällen sind es Werkstätten, in denen 10 bis 15 Arbeiter oder noch weniger beschäftigt sind.

In den letzten Jahren hat man viel über die Frage diskutiert, ob sich die Türkei in ein Industrieland verwandeln kann. Das Fehlen von Eisenerz legte jedermann den Schluß nahe, daß es eine Unmöglichkeit sei, eine

Schwerindustrie, die doch die Grundvoraussetzung aller Industrialisierung ist, zu schaffen. Die Entdeckung ausgiebiger Vorkommen von Eisenerz in den Gegenden von Kemlik und Torba hat die Hoffnungen der jungen Bourgeoisie erfüllt. Man hat sofort ein gewaltiges Projekt der Förderung von Eisenerz und der Industrialisierung entworfen. Die Regierung sollte aus den Mitteln des Budgets ein Kapital von 8 Millionen Dollar bereitstellen, um damit Erzbergwerke einzurichten, auszubeuten und einen schwerindustriellen Kern zu schaffen. Bis jetzt ist aber in dieser Richtung noch kein Schritt geschehen.

Die anderen Bergwerke in der Türkei, die in Betrieb sind, gehören mit wenigen Ausnahmen dem ausländischen Kapital. Zwei Drittel der Oelbassins von Herakles gehören einer französischen Gesellschaft. Die Kupferbergwerke von Ergani beginnen von einer deutschen Gruppe in Gemeinschaft mit der nationalen Kreditbank, der die Konzession gehört, ausgebeutet zu werden; die silberhaltigen Bleibergwerke von Balia gehören einer türkischen Gesellschaft, die mit französischem Kapital arbeitet. Die Bergwerke von Krome und die Manganerz-Bergwerke von West-Anatolien befinden sich teils in den Händen der Engländer, teils in den Händen der Deutschen.

Seitens der Kemalisten werden große Anstrengungen gemacht, um den türkischen Bergwerksbesitzern aus der schwierigen Situation, in der sie sich befinden, heraus zu helfen und um ihnen einen ehrenvollen Platz an der Seite der ausländischen Kapitalisten zu sichern. Doch ist dies eine Aufgabe, die ungeheure Kapitalien erfordert, welche sich die nationalistische Bourgeoisie ohne die Hilfe der internationalen Finanz unmöglich verschaffen kann. Die internationalen Finanzmänner aber zeigen sich keineswegs geneigt, ihren Geldbeutel zu lockern, bevor sie nicht die Sicherheit haben, den Löwenanteil zu erhalten.

Die Kemalisten haben es trotz alledem zuwege gebracht, eine kleine Zahl türkischer Bergwerksgesellschaften zu gründen. Man kann die folgenden Gesellschaften anführen:

	Kapital:
Türkische Manganerz-Gesellschaft von Mongla . . . .	350 000 Dollar
Staatliche Manganerz-Gesellschaft von Mongla . . . .	300 000 ..
Türkische Oelgesellschaft von Asmara . . . . .	250 000 ..

Aber im Vergleich zu dem Ziele, das man im Auge hat, sind dies nur ganz unbedeutende Anfänge. Auch auf diesem Gebiete zwingt der große Kapitalmangel die Kemalisten, die mit Entschiedenheit die Bahn der kapitalistischen Entwicklung beschritten haben, dazu, ein Kompromiß mit dem Imperialismus zu schließen.

### Der Aufschwung des Handels

Die Anstrengungen der Kemalisten zur Steigerung der im Lande befindlichen Werte und der Volkswirtschaft, haben auch dem Warenaustausch einen großen Antrieb gegeben, insbesondere dem Innenhandel. Dieser relative Aufschwung ist auf die Verbesserung der sozialen Bedingungen der wohlhabendsten Schichten der Bauernschaft und der nationalistischen Bourgeoisie zurückzuführen, welche die Volkspartei, die ihr Vertreter ist, mit allen Mitteln anspornt, sich dem Wandel der Sitten, wie er durch die

Gesetze erzwungen wird, anzupassen. Eine weitere Ursache ist die fortschreitende Durchdringung der Türkei mit den Errungenschaften des modernen Lebens, die sogar in den Dörfern Anatoliens, wo die Bevölkerung vor der Revolution ein ganz primitives Leben führte, Eingang finden. Endlich noch der Umstand, daß die Volksmassen der Türkei in immer stärkerem Ausmaße an allen Zweigen der ökonomischen Betätigung Anteil nehmen.

Entgegen allen allgemeinen Behauptungen, ist der größte Teil des Außenhandels noch in Händen ausländischer Firmen und griechischer und armenischer Exporteure, die ihre Geschäfte durch türkisch-nationalistische Mittelsmänner, deren sie sich als Strohmannen bedienen, weiter fortsetzen. Immerhin muß festgestellt werden, daß es die junge Bourgeoisie, die hauptsächlich sich mit Landwirtschaft und Industrie befaßt, verstanden hat, auch auf dem Gebiete des Handels an Boden zu gewinnen. Gerade der Flügel der Kemalisten, der Handel treibt und sich in Spekulationen einläßt, ist am meisten zu einem raschen Kompromiß mit dem Auslandskapital geneigt. Die Tageszeitung „Dschühhurieti-Republik“ ist der Wortführer dieser Schicht der nationalistischen Bourgeoisie.

Wenn wir die offiziellen Ziffern, die sich auf den Außenhandel beziehen, prüfen, kommen wir zu folgenden Schlüssen:

Im Jahre 1923 machte sich im Vergleich zum Jahre 1922 ein Rückschlag bemerkbar, sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr. Diese Tatsache ist auf die Zerstörungen zurückzuführen, welche durch die Griechen im Gebiete von Smyrna und Afion beim Abzug der Okkupationstruppen der Verbündeten herbeigeführt wurden. Im Jahre 1922 beherrschte das Auslandskapital noch den gesamten Handel der Türkei.

Vom Jahre 1923 an hat sich die Handelsbilanz in stetiger Weise entwickelt. Die Einfuhr und die Ausfuhr sind gleichzeitig gewachsen, wobei die Ausfuhr ein rascheres Tempo anschlug als die Einfuhr. Folgende Tabelle zeigt deutlich diesen Fortschritt:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamtsumme
		In Millionen türk. Pfunden	
1922 . . . . .	151	99,2	250,2
1923 . . . . .	144,8	84,7	229,5
1924 . . . . .	193,6	158,7	352,3
1925 (annähernd) . . . . .	241,7	198,6	440,3

Wie man sieht, zeigt sich vom Jahre 1923 bis zum Jahre 1924 eine Steigerung der Einfuhr um 33,7 Prozent, in der Ausfuhr um 87,3 Prozent. Der Gesamtfortschritt beträgt für dieses Jahr 60,5 Prozent. Die provisorischen Ziffern für das Jahr 1925 geben ein Wachstum der Einfuhr um 24,8 Prozent und der Ausfuhr um 25,2 Prozent an. Die Daten für das Jahr 1926 sind noch nicht veröffentlicht. Aber auf Grund gewisser Schätzungen dürfte eine weitere kleine Steigerung der Ausfuhr und zugleich eine Verminderung der Einfuhr dieses Jahr kennzeichnen, so daß das Passivum der Handelsbilanz auf eine verhältnismäßig kleine Ziffer reduziert wäre. Die Verminderung der Einfuhr ist durch die gute Getreideernte sowie durch die Einführung des Zucker- und des Petroleummonopols zu erklären. Diese Monopole haben eine Preissteigerung dieser beiden Importartikel hervorgerufen, wodurch sich der Verbrauch deutlich vermindert hat. Wir geben im folgenden die Ziffern, die durch die Generaldirektion der indirekten

Steuern bezüglich der Einfuhr von Getreide, Zucker, Petroleum während der ersten sieben Monate des Jahres 1925 und des Jahres 1926 veröffentlicht wurden:

Jahr (1. bis 7. Monat)	Getreide	Zucker		Petroleum
		in Kilogramm		
1925 . . . . .	77 400 000	39 464 775		33 815 971
1926 . . . . .	10 020 900	28 829 981		22 134 374

Die Einfuhr von Zucker wird sich im Jahre 1927 noch vermindern, und zwar infolge der Produktion der beiden Zuckerraffinerien, von denen schon die Rede war. Was den Weizen betrifft, so hofft man, keinen mehr einführen zu brauchen, vielmehr bereits im Jahre 1928 zur Getreideausfuhr übergehen zu können. Die Türkei hat im Laufe von 20 Jahren zwei Millionen Tonnen Getreidefrüchte exportiert, davon 1 500 000 Tonnen Weizen. Doch in den Jahren 1923 und 1924 hat sie 40 Millionen türkische Pfunde für den Einkauf von Getreidesorten im Auslande ausgegeben.

Es muß bemerkt werden, daß die Handelsbilanz der Türkei ständig passiv ist. Das ist jedoch kein Merkmal der neuen ökonomischen und sozialen Veränderungen im Lande. Auch unter dem ehemaligen Regime war die Handelsbilanz alljährlich passiv. Wenn wir das offizielle Nachrichtenblatt für das Zollwesen von 1887 an bis 1911 durchgehen, so sehen wir, daß das jährliche Defizit durchschnittlich jährlich 5 Millionen Pfund beträgt. Die Gesamteinfuhr in der Zeit von 1887 bis 1911 beträgt 642,5 Millionen türkische Goldpfunde, die Gesamtausfuhr 406,1 Millionen. Das ergibt also ein Passivum von 23,4 Millionen türkischer Goldpfunde im Laufe von 25 Jahren. Dieser Umstand hat die Aufmerksamkeit der Volkswirtschaftler erregt, da sie ihn nicht aus den wirtschaftlichen Bedingungen des Landes und aus der allgemeinen Entwicklung der Geschäfte erklären konnten, und zwar umso weniger, als die Ziffern, die durch die statistischen Stellen des Landes, die am Außenhandel der Türkei interessiert sind, gegeben wurden mit den Zahlen des offiziellen Nachrichtenblattes für das Zollwesen nicht übereinstimmen. Nach den Erklärungen des Handelskommissars von Angora, die in einer Konstantinopler Zeitung veröffentlicht wurden, würde sich diese Anomalie einesteils aus der Tatsache erklären, daß die Ausfuhr über die Südgrenze Klein-Asiens zum großen Teile von den Behörden nicht erfaßt wird, andernteils aus der Gewohnheit der Exporteure, die Ziffern im allgemeinen um 20 Prozent niedriger als sie in Wirklichkeit sind, anzugeben.

Es ist sehr bemerkenswert, daß das Passivum der Handelsbilanz in den letzten Jahren die Tendenz hat, dauernd abzunehmen. Von 60,1 Millionen Pfund im Jahre 1923 ist es auf 34,9 Millionen im Jahre 1924 zurückgegangen, um dann allerdings wieder auf 43,1 Millionen im Jahre 1925 zu steigen. Für das Jahr 1926 wird angenommen, daß es 30 Millionen nicht überschreiten wird.

Um von dem Fortschritt, der im Vergleich mit der Vorkriegsperiode erzielt wurde, ein Bild zu gewinnen, führen wir im folgenden die vergleichenden Ziffern, und zwar in Pfund Sterling für die Jahre 1911 und 1924 an, wobei wir von den Gebieten, die von der Türkei getrennt wurden, absehen:

Jahr	Insgesamt	Einfuhr		Ausfuhr	Differenz
		in Millionen Pfund Sterling			
1911 . . . . .	38,3	23,0		15,3	— 7,7
1924 . . . . .	36,9	20,3		16,6	— 3,7

Wie man sieht, wurde die Ausfuhr um 1 300 000 Pfund Sterling gesteigert, während die Einfuhr um 2 700 000 Pfund Sterling zurückgegangen ist; das Defizit der Handelsbilanz ist im Jahre 1924 nicht einmal halb so groß wie im Jahre 1911.

Das kennzeichnende Merkmal der gegenwärtigen Entwicklung des Handels in der Türkei — sei es der anonymen Gesellschaften, sei es der privaten Unternehmungen — ist das Vorherrschen des Großbetriebs und die Zersetzung des Kleinbetriebs. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Leider wurden bis heute noch keine statistischen Daten veröffentlicht, die ziffernmäßig den Prozeß der Aufsaugung der kleinen Händler durch die großen Haifische zeigen. Aus oberflächlichen Erkundungen in den Gebieten von Konstantinopel und Smyrna geht hervor, daß Handelswerte im Gesamtbetrage von 30 Millionen Pfunden, die den kleinen Kaufleuten gehört haben, aus dem Markte herausgezogen wurden. Wenn wir pro Kopf des Kleinhändlers 500 türkische Pfunde rechnen, so kommt man zu einer Gesamtzahl von 60 000 Kaufleuten, die ruiniert wurden und sich vom Handel zurückgezogen haben.

### Die Handelsmonopole

Unter dem alten Regime verhinderten die Kapitulationen die Türkei, Monopole einzuführen, und die Zolltarife zu erhöhen. Es gab nur einige Monopole (Salz, Fischerei, Tabak), die durch den öffentlichen Schuldendienst verwaltet wurden.

Was die Zölle betrifft, waren die Kemalisten im Lausanner Friedensvertrag die Verpflichtung eingegangen, die bisherigen Zolltarife bis zum Jahr 1928 beizubehalten, wobei ihnen zur etwaigen Ausgleichung der Geldentwertung das Recht vorbehalten worden war, die Tarife mit bestimmten vertraglich festgelegten Koeffizienten zu multiplizieren.

Aber in der Frage der Monopole erhielt die türkische Regierung volle Aktionsfreiheit. Die Regierung hat seit dem Jahre 1925 von dieser Freiheit ausgiebigen Gebrauch gemacht. Indem sie zunächst eine Klausel des Vertrages, durch welchen das Tabakmonopol einer französisch-belgischen Finanzgruppe (der „Generalregie der öffentlichen Arbeiten und Eisenbahnen“) überantwortet worden war, ausnützte, nahm sie ihr dieses Monopol weg, indem sie ihr das Kapital zurückerstattete. Der Versuch, die Tabakindustrie und den Tabakhandel durch einen Apparat zu leiten, der unmittelbar der Kontrolle des Finanzministeriums unterworfen war, ergab ausgezeichnete Resultate. Die Einnahmen, die unter der ehemaligen gemischtwirtschaftlichen Regie 5 000 000 türkische Pfunde im Jahre niemals überstiegen hatten, erreichten im Jahre 1925 das Doppelte, nämlich 10 000 000 türkische Pfunde.

Außerdem hat die Regierung eine ganze Reihe neuer Handelsmonopole eingeführt, und zwar verschiedener Art. Die einen zielen auf die Eintreibung einer zusätzlichen Zollabgabe unter der Maske des „Außenhandelsmonopols“ hin. Dies ist bei den Zucker- und Petroleummonopolen der Fall. Der Kauf und Verkauf dieser beiden Artikel sind im Innern des Landes vollständig frei; nur ist jeder, der diese Waren einführt, verpflichtet, die betreffende Monopolverwaltung zu verständigen und im Moment der Abholung der Waren eine Taxe, die zwischen 5 und 8 Piastern pro Kilogramm

variiert, zu erlegen. Die Verwaltung kann ihrerseits, wenn sie es für notwendig hält, Warenmengen auf eigene Rechnung einführen und sie an Detaillisten zum Selbstkostenpreis plus Monopoltaxe abgeben. So ist sie also dazu bestimmt, die Rolle des Preisregulators zu spielen.

Andere Monopole sind tatsächlich reine Monopole, die sowohl die Einfuhr als auch die Fabrikation und auch den Verkauf umfassen. Dies ist der Fall mit dem Spirituosenmonopol, mit dem Monopol auf Feuerwaffen, auf Explosivstoffe, auf Streichhölzer, auf Zigarettenpapier usw. Die Regierung hat es bisher vorgezogen — da sie nicht über genügende Kapitalien zur Investierung in den Unternehmen verfügt — das Recht ihrer Ausbeutung an ausländische Kapitalistengruppen zu übertragen. So hat eine polnische Gruppe die Verwaltung des Spirituosenmonopols inne, eine französische Gruppe die des Monopols auf Explosivstoffe, eine türkisch-israelitische Gruppe die des Streichhölzermanopols. Die charakteristischsten Verpflichtungen dieser Gesellschaften bei der Verwertung der Monopole sind: Vorauszahlung einer bedeutenden Summe, welche die voraussichtlichen Einnahmen für eine Reihe von Jahren darstellt; Schaffung eines Minimums industrieller Betriebe im Lande, die in der Lage sind, die Nachfrage nach dem betreffenden Produkt auf dem inneren Markte zu befriedigen; Teilnahme türkischer Personen, die das Vertrauen der kemalistischen Partei genießen, an der Verwaltung der betreffenden Gesellschaften. So ist beispielsweise der Präsident des Verwaltungsrates der Gesellschaft für das Spirituosenmonopol der ehemalige Finanzminister Hassan Bey.

Die offenkundige Folge dieser Monopole für die breiten Massen der Bevölkerung ist die Verteuerung der betreffenden Artikel. Das wirkt sich wiederum in einer sehr deutlichen Einschränkung des Verbrauchs aus. Wir haben schon weiter oben ziffernmäßig gezeigt, daß diese Verbrauchseinschränkung beim Petroleum und beim Zucker ein solches Ausmaß erreicht, daß dadurch die Direktion für indirekte Steuern empfindlich getroffen wurde. Denn im Laufe der ersten sieben Monate des Jahres 1926 hat, in Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Jahres 1925, der Verbrauch von Zucker um 26 Prozent und der von Petroleum um 34 Prozent abgenommen.

Ferner muß noch hervorgehoben werden, daß diese Monopole einen harten Schlag für die kleinen Kaufleute bedeuten, da sie aus dem Absatz dieser Waren keinen Nutzen mehr ziehen können und von fiskalischen Lasten über ihre Kraft bedrückt werden, so daß sie gezwungen sind, ihre Läden zu schließen.

### Die Arbeiterpolitik der Kemalisten

Die Haltung der Kemalisten gegenüber den Arbeitern wird von den Leitgedanken ihrer gesamten ökonomischen Politik diktiert. Unsere Analyse hat mit aller Klarheit dargelegt, daß die nationalistische Bourgeoisie und die Volkspartei, die Hand in Hand mit einander arbeiten, ihre gesamte Energie bei allen Gelegenheiten auf ein einziges Ziel verwenden: in ihren eigenen Händen alle verfügbaren Kapitalien des Landes zu konzentrieren und binnen kürzester Frist neue Kapitalien zu akkumulieren. Zu diesem



Zwecke mobilisieren sie die ganze Nation und machen ausgiebigen Gebrauch von den Hilfsquellen und den Zwangsmitteln des Staates.

Sie bewirken die Kapitalkonzentration in ihren Händen durch die Anwendung der brutalsten Methoden des Druckes und der Drohungen und durch das Spiel der wirtschaftlichen Gesetze, die für den Wettbewerb maßgebend sind, ein Spiel, das sie dank den Verwaltungs- und Finanzmaßnahmen zu ihren Gunsten verfälscht haben. Die daraus folgende rasche Zersetzung der Kleinwirtschaft in den Städten und auf dem Lande vergrößert ständig die Massen des Proletariats. Wenn sich auch die Nachfrage nach Arbeitskräften parallel zur fortschreitenden Entwicklung der Produktion steigert, so geht doch der Ruin der Kleinbourgeoisie und der Kleinbauernschaft in noch schnellerem Tempo vor sich, so daß das Angebot von Arbeitskräften noch größer bleibt als die Nachfrage. Infolgedessen hat sich in der Türkei eine Reservearmee von Arbeitslosen gebildet, welche der Bourgeoisie in ihrer Entwicklung von Nutzen sein wird, indem sie ihr hilft, die Löhne der Beschäftigten auf ein sehr niedriges Niveau herabzudrücken.

Das ist gewiß eine Lebensfrage für die junge Bourgeoisie. Diese hat keine andere Möglichkeit der Kapitalsanhäufung, als durch die äußerste Ausbeutung der Arbeitskraft und der breiten Massen der Verbraucher. Sie benötigt ein Proletariat, das desorganisiert und unfähig ist, seiner Versklavung im kapitalistischen Unternehmen auch nur den geringsten Widerstand entgegenzusetzen. Die nationalistische Bourgeoisie muß aus den Arbeitern ein Uebermaß an Mehrwert umsommt herauspressen, als sie davon einen stattlichen Teil dem Auslandskapital abgeben muß, dessen Hilfe anzurufen sie sich genötigt sieht.

Das sind offenbar die Ursachen, warum die Kemalisten, seitdem sie die Macht erobert haben, nicht aufgehört haben, die Arbeiterklasse zu unterdrücken. Diese Unterdrückung hat je nach den Umständen verschiedene Formen angenommen, aber ihr Gegenstand blieb immer derselbe. Ob sie sich nun bemühen, ihre Kreaturen an die Spitze der Gewerkschaften zu setzen, ob sie die Arbeiterzeitungen verbieten, ob sie die Kommunisten verurteilen, ob sie die Gegensätze zwischen Arbeitern der verschiedenen Nationalitäten nähren, ob sie sogar ausnahmsweise gewissen Forderungen von ihnen entgegenkommen — immer geschieht es, um sie zu desorganisieren, um sie pflichtbewußter Führer zu berauben, um ihre Kampfkraft zu schwächen, mit einem Worte, um unter ihnen Wirrwarr und Pessimismus zu säen und dadurch in ihnen den Geist der Solidarität und des Klassenbewußtsein zu ersticken.

Die Kommunistische Partei der Türkei bemüht sich nach Kräften, gegen diese demoralisierende Politik anzukämpfen. Die türkischen Arbeiter haben schon seit langem verstanden, daß ihr Heil in einem unermüdlichen Kampfe gegen die Ausbeuterklassen liegt und daß sie keine anderen Freunde und Verteidiger haben als die Kommunisten. Die revolutionäre Propaganda übt einen großen Einfluß auf sie aus, und alle Bedrückungen und Verfolgungen seitens der kemalistischen Behörden haben nur die eine Wirkung, ihren Haß gegen die Bourgeoisie, sei sie nun kemalistisch oder unionistisch, zu steigern.

J. CHAVAROCHE:  
„LA REFORME ECONOMIQUE“\*

Fast alle ökonomischen Zeitschriften Frankreichs leiden an einem gemeinsamen Fehler: es wird in ihnen ängstlich vermieden, die ökonomischen Fragen ernsthaft zu untersuchen. Und vor allem die Probleme der französischen Volkswirtschaft. Es sind entweder reine „Geschäfts“zeitschriften oder technische Zeitschriften oder Zeitschriften für „hohe Politik“, d. h. sie führen „ökonomische“ Kampagnen vermittelt Platteiten und Gemeinplätzen, hinter denen mit Leichtigkeit der Dilettant und zugleich der Ignorant, der Fälscher, der bornierte Hyperpatriot oder einfach ein Ex-Sozialist oder Ex-Anarchist zu entdecken ist. Häufig genug ist es ein Advokat oder ein Ingenieur, der sich der Öffentlichkeit in der Absicht, ein Parlamentsmandat zu ergattern, bemerkbar macht, und der nun die ökonomischen Fragen mit einer Keckheit „behandelt“, als wenn er nur drauflos schwätzte, um die Langeweile des Nichtstuns totzuschlagen.

Die „Reforme économique“ bedeutet einen ersten Schritt zur Bekämpfung dieses Standes der Dinge. Und das ist kein reiner Zufall. Diese Zeitschrift spiegelt die Gedankengänge der großkapitalistischen Kreise Frankreichs wider. Mit den Veränderungen in der Struktur, in der Machtstellung und in den Aspirationen des französischen Kapitalismus ändert sich auch die Mentalität seiner intellektuellen Bedienten. Man verschmäh't es nicht mehr vollständig, die ökonomischen Fragen einer Untersuchung zu unterziehen. Die „Réforme économique“, die im Januar 1927 in ihren 36. Jahrgang eintrat, war ehemals ein unbedeutendes Organ, das nur die Chronik und die Rechenschaftsberichte der „Association de l'Industrie et de l'Agriculture française“ (Französischer Verband für Landwirtschaft und Industrie) brachte. Was hat es mit diesem Verband auf sich? In ihm sind sozusagen die Magnaten der Finanz, der Industrie und der Landwirtschaft vereint: die Vertreter des Eisenhütten-Komitees, des Zentral-Kohlen-Komitees, des Zentralkomitees der Landwirtschaftlichen Gesellschaft usw.

Dieser Verband, von dem in der Presse verhältnismäßig selten die Rede ist, übt beträchtlichen direkten, unmittelbaren aber auch indirekten Einfluß auf die Regierung aus. Sein Organ, die „Reforme économique“, hat seit Januar 1927 ein völlig anderes Gesicht. Schon die Zusammensetzung des Redaktionskomitees ist ein Programm. Sein Vorsitzender ist Lucien Romier, der früher Redakteur der „Opinion“ und der „Journée Industrielle“, der zeitweilig auch Redakteur des „Figaro“ war (z. Z. ist er dort abgesägt). Zu den Mitgliedern gehören: C-J. Gignoux, der gegenwärtige Redakteur der „Journée Industrielle“, P. Lyautey, der Leiter des französischen Verbandes für Industrie und Landwirtschaft, E. Mireaux, der Direktor der „Gesellschaft für ökonomische Forschung und Nachrichtensammlung“, Daniel Serruys, Abteilungsleiter im Ministerium für Handel und Industrie, E. Sohier, der Direktor des „Zentralverbandes der Zuckerfabrikanten Frankreichs“ usw.

Kurz, die „Reforme économique“ ist das Organ der „zusammengeballten industriellen und landwirtschaftlichen Macht“ (faisceau des forces industrielle et agricoles), wie Oberst Plichon, der parlamentarische Vertreter des Departement Nord, zugleich Kohlenmagnat, Eisenindustrieller, Bankier und Großagrariar, Anfang April 1926 den „Französischen Verband für Landwirtschaft und Industrie“ genannt hat. — Die „Reforme économique“ veröffentlicht in jeder Nummer ein „Barometer der Geschäftslage“, das statistische Daten bringt über 1. die Wechselkurse, 2. Groß- und Kleinhandelspreise in Frankreich und im Auslande, 3. den Index der Industrieproduktion in Frankreich, 4. den Außenhandel und 5. die Bilanz der „Bank von Frankreich“.

Aber, was dieser Zeitschrift besonderes Interesse verleiht, sind die Artikel über die schwebenden Fragen des Wirtschaftslebens. In den zwölf Nummern, die bis jetzt vor-

\* Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzfragen, erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats, Publikationsorgan der „Société d'Economie Nationale“. Redaktionskomitee: Lucien Romier, C-J. Gignoux, P. Lyautey, E. Mireaux, D. Serruys, E. Sohier. — Paris, 42 rue du Louvre.

liegen, befassen sich mehrere Artikel mit der Geld- und Finanzkrise, mit „Landwirtschaft und Stabilisierung“ (P. Caziot), mit der Zollpolitik, mit der Kolonialpolitik, dem Reparationsproblem usw. Um eine Vorstellung von der Tendenz der Zeitschrift zu gewinnen, genügt es, die vier folgenden Artikel einer Untersuchung zu unterziehen: die „Studie über die wirtschaftliche Situation Frankreichs und ihre Perspektiven (A. Fr-Poncet); die über „Die Einwanderung ausländischer Arbeiter“ (Duhamel); die über „Die öffentliche Schuld und ihre Amortisierung“ (E. Mireaux) und schließlich die über „Die Weltwirtschaftskonferenz“ (D. Serruys und C. Gignoux).

#### Frankreichs Produktion. Eine Bilanz. Ein Programm

Unter diesem Titel veröffentlicht André François-Poncet in Nummer 11 und 12 der Zeitschrift einen Artikel. Der Verfasser ist Abgeordneter für das Seine-Departement, was weiter nicht viel besagt, ist Redakteur der Zeitung „Avenir“ (Organ Millerands), leitet die „Gesellschaft für ökonomische Forschung und Nachrichtensammlung (alias (Comité des Forges, Eisenhüttenverband) in Gemeinschaft mit Jacques Bardoux und Emil Mireaux; er ist zugleich einer der Führer der „demokratischen, sozialen, republikanischen Partei“, Eisengroßindustrieller usw. Er steht im Ruf, sich sehr wohl auf das „Geschäft“ zu verstehen, vor allem auf das Geschäft der Metallindustrie. Um so interessanter ist demnach seine Würdigung der industriellen Lage Frankreichs. Zu beachten ist, daß der in Frage stehende Artikel nur einen Teil des Berichts darstellt, den André François-Poncet vor dem ständigen Ausschuß der „Parlamentsgruppe für einheimische Produktion“ zur Verlesung gebracht hat. Wir geben im folgenden ein ausführliches Resümee des Artikels. Der Verfasser stellt zunächst die Bilanz auf:

#### Rückgang der französischen Landwirtschaft

Mit Weizen besäte landwirtschaftliche Fläche: fällt von einem Durchschnitt

von 6 786 000 ha während der Periode von 1909/13  
auf 5 289 000 ha i. J. 1922 und  
auf 5 462 000 ha i. J. 1926.

Ertrag: fällt von 88 Millionen Zentner während der Periode von 1909/13 auf 67 Millionen im Jahre 1926.

Der Ertrag pro Hektar ist stationär: 13,1 Zentner pro Hektar während der Periode von 1909/13; 13,6 während der Periode von 1922/26.

Aehnlicher Rückgang des Hafers: 3 977 000 ha (1909/13)  
3 436 000 „ (1922)  
3 528 000 „ (1926)

Durchschnittsertrag pro Hektar: 13,4 Zentner (1909/13)  
13,8 „ (1922/26)

In derselben Zeit nimmt die mit Kartoffeln bepflanzte Fläche um 200 000 Hektar ab. Ertrag: 87,1 Zentner pro Hektar in der Periode von 1922 bis 1926 (genau soviel wie während der Periode von 1909 bis 1913).

Das Defizit der Aussaat von Zuckerrüben (in bezug auf die Zeit von 1909 bis 1913) ist noch nicht ausgeglichen, aber der Ertrag ist höher.

Weinbau: stationär.

Hanfbau: in vollem Rückgang.

Der Viehstand: noch nicht auf der alten Höhe.

#### Landwirtschaftlicher Außenhandel

Rückgang der Einfuhr an Ackerbauprodukten	1913 = 29 Millionen Zentner		
	1924 = 22	„	„
	1925 = 19	„	„
	1926 = 13	„	„
Zucker und Nebenprodukte:	1913 = 1 221 000	„	
	1926 = 1 772 000	„	
Zucker und Nebenprodukte:	1913 = 1 221 000	„	
	1926 = 4 484 000	„	

Wein: 1913 = 8 836 000 „  
1926 = 12 341 000 „

Lebensmittelexport: stationär.

Der Rückgang im Verbrauch von Lebensmitteln geringerer Qualität wird vom Verfasser durch den „Verlust von 2 Millionen junger Menschen“ erklärt. Die Zunahme im Verbrauch von Genußmitteln und Qualitäts-Lebensmitteln ist nach dem Verfasser wie folgt zu erklären: durch die Veränderung in den Lebensgewohnheiten und den Ansprüchen der Bevölkerung und außerdem durch den großen Zustrom von Reisenden, vor allem von Angelsachsen während mehrerer Jahre.

„In vielen Fällen muß also diese scheinbare Vermehrung des Konsums landwirtschaftlicher Qualitätsprodukte der Entwicklung der Hotelindustrie und einer faktischen Ausfuhr entsprechen,“ schließt A. F.-Poncet.

Im Jahre 1926 hat Frankreich für 11 576 Millionen Francs Lebensmittel eingeführt und für 5072 Millionen ausgeführt. — Defizit: 6500 Millionen Francs.

Die landwirtschaftliche Produktion scheint nicht in der Zunahme begriffen zu sein. Grund: Entvölkerung des flachen Landes und geringe Geburtenziffern.

Bei den landwirtschaftlichen Industrieprodukten (Zucker, Flachs) sind noch wichtige Fortschritte festzustellen.

#### Industrie und chemische Produkte

Die Kohlenindustrie. — Seit dem Jahre 1924 überschreitet sie die Ergebnisse des Jahres 1913 mit einer Produktion von 45 Millionen Tonnen (40 Millionen im Jahre 1913), 48 Millionen Tonnen im Jahre 1925 und 52 Millionen Tonnen im Jahre 1926. Ursache der Zunahme: zu einem guten Teil die Frankenentwertung und neuerdings der englische Bergarbeiterstreik.

Koksproduktion: 1926 = 3 767 000 Tonnen  
1925 = 3 064 000 „  
gegen 1913 = 4 037 000 „  
Kohleneinfuhr: 1926 = 15 402 000 „  
1925 = 18 298 000 „  
gegen 1913 = 18 710 000 „

Indessen erscheinen seit dem 10. Januar 1925 die Eingänge an Saarkohle nicht mehr in der Außenhandelsstatistik.

Kokseinfuhr: 1913 = 3 070 000 Tonnen  
1925 = 5 032 000 „  
1926 = 5 554 000 „

Der größte Anteil entfällt auf Deutschland auf Reparationskonto: allein im Jahre 1926 4 509 000 Tonnen.

Farbstoffindustrie: Französische Anilinfarben-Produktion  
1924 = 15 000 Tonnen  
gegen 1913 = 2 000 „

Düngemittelproduktion: Im Jahre 1913 bestand in Frankreich nur eine einzige Industrie, die der Superphosphate.

Produktion . . . . . 1 920 000 Tonnen  
Einfuhr . . . . . 940 000 „  
Ausfuhr . . . . . 985 000 „  
Ueberschuß . . . . . 45 000 „  
Produktion i. J. 1925 . 2 380 000 „

Der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr steigt von 207 000 Tonnen im Jahre 1925 auf 269 000 Tonnen im Jahre 1926.

Der einheimische Verbrauch selbst ist im Jahre 1925 gegenüber dem von 1913 um 16 Prozent gestiegen.

Zunahme der Produktion, des inneren Verbrauchs und der Ausfuhr von Pottasche.

*Eisenindustrie und Maschinenbau*

**Eisenindustrie.** — Wenn im Jahre 1913 der Hauptanteil der Rohproduktion an Gußeisen, Schmiedeeisen und Gußstahl für den inneren Verbrauch bestimmt war, so „finden wir heute angesichts des Wachstums der Produktion, der Zahl der Hochöfen und ihrer Produktionsfähigkeit keine entsprechende Zunahme des inneren Marktes“. Wenn die **Ausfuhr** sich im Vergleich zu 1913 mehr als **versechsfacht** hat, „so schreitet dagegen unser innerer Verbrauch nicht fort. Im Jahre 1913 konnte er (mit Einschluß von Elsaß-Lothringen) auf 5 Millionen Tonnen geschätzt werden. Im Jahre 1925 wurde er auf 4 115 000 Tonnen geschätzt. Im Jahre 1926 auf 5 200 000 und im Durchschnitt dieser zwei Jahre ungefähr auf 4 650 000 Tonnen“.

**Automobilbau:** Augenblicklich gibt es in Frankreich fünfmal mehr Automobile für den Personenverkehr (452 829 im Jahre 1925) als im Jahre 1913 (90 959). Einfuhr an leichten Oelen und Essenzen (für Zwecke des Automobilwesens):

Im Jahre 1913	553 000 Tonnen,
im Jahre 1926	1 429 000 Tonnen (fast das Dreifache).
<b>Ausfuhr:</b> Im Jahre 1913	. . . . . 25 823 Tonnen
im Jahre 1926	. . . . . 96 929 „

**Schluß:** „Die französische Automobilindustrie hat ihre Produktion ungefähr **vervierfacht** oder **verfünffacht**.“

**Schiffbau.** — Vor dem Kriege: 15 große Werften mit ungefähr 30 000 Arbeitern. Gesamtproduktionsfähigkeit: 300 000 Tonnen Bruttogehalt jährlich.

Die mittlere Produktion der drei letzten Vorkriegsjahre (1911, 1912, 1913) hatte 45 Prozent der maximalen Produktionsfähigkeit ausgemacht.

„Heute ist die Zahl der großen Werften auf 19 gestiegen. Das Personal, das in normalen Zeiten in Dienst gestellt werden kann, beträgt ungefähr 50 000 Mann; die jährliche Produktionsfähigkeit 500 000 Tonnen.“

Für die letzten drei Jahre kommt die Produktion einem Viertel der Gesamtaufnahmefähigkeit der Werften ziemlich nahe; sie ist also etwas geringer als die der Vorkriegszeit, trotz der Vermehrung der Produktionsfähigkeit und der Anzahl der beschäftigten Arbeiter um 60 Prozent.

*Textilindustrie*

**Baumwollindustrie:** Die Vermehrung der Produktionsfähigkeit der Spinnereien beträgt 30 Prozent, und zwar gab es

10 800 000 Spindeln und Spulen im Jahre 1925, davon 1 865 000 im Elsaß, gegen 7 678 000 im Jahre 1913.

In der Weberei beträgt die Zunahme 22 Prozent:

im Jahre 1925	. . . . . 181 900 Stühle
gegen	. . . . . 142 500 Stühle

„Der Verbrauch an Rohmaterialien ist in ebenso starkem Verhältnis gewachsen (ohne daß er indessen genau der Zunahme der Produktionsfähigkeit entspricht):

1913	. . . . . 269 000 Tonnen Rohbaumwolle
gegen 1926	. . . . . 344 000 Tonnen,

also eine Vermehrung um 22 Prozent.“

Die Ausfuhr an Baumwollgeweben verzeichnet eine Zunahme um 9 Prozent (im Jahre 1913 55 000 Tonnen und im Jahre 1926 60 000 Tonnen) „aber der Hauptabsatz liegt auf dem inneren Markt (beträchtliche Abnahme der Einfuhr), fast die Hälfte der Ausfuhr geht nach unseren Kolonien“.

**Wollindustrie.** Verbrauch an Rohwolle durch die Spinnereien:

Jahr	to	
1926	. . . . .	261 000 (schätzungsweise)
gegen 1913	. . . . .	240 500

**Ausfuhr an Wollgeweben:**

1913	. . . . . 23 400
gegen 1926	. . . . . 29 000 (Zunahme 20 Prozent)

**Einfuhr:**

1913 . . . . . 43 000  
 gegen 1926 . . . . . 11 000 (Abnahme 74 Prozent)

„Der innere Markt ist noch immer der Hauptmarkt, indessen scheint seine Aufnahme-fähigkeit abgenommen zu haben, und die gesteigerte Aktivität der einheimischen Industrie gleicht die sehr merkbare Abnahme der Einfuhr nicht vollkommen aus. Der äußere Markt hat an Bedeutung zugenommen, ohne daß er der Hauptmarkt ist“.

**Seidenindustrie.** Zunahme des Rohseideverbrauchs durch die Spinnereien: 16 Prozent. Abnahme der Kokonproduktion (1913: 4423 Tonnen; 1925: 3368 Tonnen). Rückgang der Rohseideinfuhr (1913: 19 800 Tonnen; 1926: 14 900 Tonnen).

Rückgang der Ausfuhr (1913: 8850 Tonnen; 1926: 2300 Tonnen).

Zunahme der Ausfuhr von Seidengeweben (1913: 61 749 Tonnen; 1926: 91 910 Tonnen; Zunahme: 33 Prozent).

**Papierindustrie** — weniger aktiv als in der Vorkriegszeit.

Nach dieser Darlegung charakterisiert A. F-Poncet das Wesen der ökonomischen Lage Frankreichs folgendermaßen:

a) **Der Wiederaufbau des Maschinenbestandes.** Die im Krieg ver-wüsteten Departements sind wieder aufgebaut,

„unsere großen Rohstoffindustrien verfügen also über moderne Produktionsmittel, während ihre Rivalen, z. B. in Großbritannien, in 15 oder 20 Jahren, vielleicht auch schon früher, gezwungen sein werden, ihren altmodischen und verfallenden Bestand an Maschinen von Grund auf zu erneuern.“

b) **Mangelndes Gleichgewicht der Produktion.**

„Die Landwirtschaft ist zurückgegangen, während die Industrie sich entwickelt hat. Die Eisenindustrie, der Automobilbau, die Seidenindustrie hängen mehr und mehr vom äußeren Markt ab.“ Die territorialen und industriellen Veränderungen, die sich wäh- rend der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben haben, „haben dazu beigetragen, das Miß- verhältnis zwischen unserer Produktionsfähigkeit und unserer wirklichen Produktion zu vergrößern. Dieses Problem nimmt beängstigende Formen an beim Schiffbau und ist dringlich in der Eisenindustrie“.

c) **Vielfältigkeit der Unternehmungen.**

Zahlreiche Unternehmungen sind infolge der Inflation entstanden; der „alte Individualismus im Geschäftsleben . . . , der jeder Verständigung widerstrebt“, dauert an; „eine unmäßige Zahl von Einzelfirmen“.

Der Verfasser zitiert als charakteristisches Beispiel die photographische Industrie und fügt hinzu, daß „ähnliche Feststellungen bezüglich des Automobilbaues und des Schiff- baues gemacht werden könnten.“

Welche Heilmittel, welches Programm hat er vorzuschlagen?

A. F-Poncet schlägt das folgende Programm vor:

1. **Rationalisierung.** Im wesentlichen soll sie bestehen in einer strengen Reorganisation jeder einzelnen Unternehmung mit dem Ziel, alle unnötigen Kosten zu vermeiden.

Anwendung der wirtschaftlichsten Maschinen und Fabrikationsmethoden; Anwendung des Taylorsystems.

Gegenüber Betrieben, die nicht die Möglichkeit haben, zu Verbesserungen zu schreiten, muß das Gesetz der Auslese in Kraft treten, da sie nicht freiwillig vom Schauplatz abtreten werden. In diesem Sinne „müssen die von der öffentlichen Gewalt unterstützten Syndikate wirken“.

2. **Konzentration.** Eine einzige Leitung, ein einziger Generalstab usw., Zentralisierung des Verkaufs.

Spezialisierung der Produktion und Fortschreiten zu „einer Verteilung der Produktion“. Streben nach „Normalisierung“. Vereinheitlichung der Typen, was zu einer beträcht- lichen Minderung der Stapel bei den „Detailisten“, d. h. zu einer beachtenswerten Herab- minderung des Betriebskapitals führen muß.

3. Für die Landwirtschaft gibt es, obwohl der Geburtenrückgang und der Mangel an Arbeitskräften soziale Probleme sind, dennoch zwei Palliativmittel gegen den Krisenzustand: stärkere Anwendung von Düngemitteln und Maschinen.

Der Verfasser ist vor allem ein leidenschaftlicher Anhänger einer „Rohstoffpolitik“ und ganz besonders einer „kühnen Kolonialpolitik“.

#### 4. Koloniale Expansion — das ist das Heill

Methodische Auswertung des Kolonialgebiets, um der französischen Industrie den Rohstoffbezug von dort und den Absatz dahin zu ermöglichen. Die Textilindustrie soll ihre Rohstoffe beziehen:

Wolle: Aus den Nordwestafrikanischen Kolonien und aus Madagaskar.

Baumwolle: Aus den Kolonien am Atlantischen und am Stillen Ozean.

Kautschuk: Aus Indochina und aus Aequatorialafrika.

Unter den Mitteln, die der Verfasser für diese „Auswertung der Kolonien“ vorschlägt, erwähnen wir die folgenden: Der Staat muß der „privaten Initiative“ zu Hilfe kommen. Planmäßige Förderung öffentlicher Arbeiten.

„Was uns vor allem fehlt, sind Kapital- und Arbeitskräfte. Wir könnten die erforderlichen Kapitalien durch eine aktive Kolonialpropaganda herbeilocken.“ Wir müssen eine Kolonialbewegung schaffen. „Der Staat muß der Bewegung die Richtung geben, indem er z. B. den Bau großer Zugangswege nach Zentralafrika in die Hand nimmt . . .“

Die Vergebung der großen öffentlichen Arbeiten müßte zu Absatzmöglichkeiten für die Metallindustrie, besonders für Schienen, Lokomotiven und überhaupt Eisenbahnmaterial werden. Gleichzeitig findet hierdurch der Seeverkehr eine Ausdehnungsmöglichkeit.

A. F. Poncet schließt:

„Die Rückkehr zu einer stabilen Valuta, die jetzt ganz oder nahezu erreicht ist, stellt die Wirtschaft unseres Landes vor einen Kreuzweg. Wenn Frankreich Enttäuschungen und langandauernde Krisen vermeiden will, muß es unbedingt dazu schreiten, seine Kräfte zu inventarisieren, seine Methoden zu revidieren und über seine Zukunftsmöglichkeiten inmitten der Welt, wie sie die Nachkriegszeit geschaffen hat, ernsthaft nachzudenken.“

#### Das Problem der Arbeitslosigkeit und der Einwanderung

wird von I. Duhamel (in Nr. 2), A. Lavergue (in Nr. 6) und M. Rochut (in Nr. 9), behandelt. Vor allem in dem Artikel I. Duhamels, „Die Gefahr der Arbeitslosigkeit und das Problem der Einwanderung“, findet sich eine klare Darstellung der großkapitalistischen Auffassung. Der Verfasser setzt auseinander, daß die Entwicklung der französischen Volkswirtschaft in ihrer heutigen Struktur ohne die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte nicht denkbar ist. Die Verwendung ausländischer Arbeiter wird von ihm als Lebensbedingung für den französischen Kapitalismus angesehen.

„Die Einwanderung rührt heute an die Grundlagen des industriellen und des landwirtschaftlichen Lebens; sie ist ein integrierender Bestandteil, sie ist bis heute der einzige aktive Posten der Bevölkerungspolitik . . . Ein rascher Ueberblick über die statistischen Daten hinterläßt den Eindruck, daß die Einwanderung nicht ein Zufall ist oder eine vorübergehende Erscheinung, daß sie im Gegenteil organischen Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft entspricht. Eine Politik, die diese Feststellung aus dem Auge verliert, würde unser Wirtschaftsleben schweren Verwirrungen aussetzen.“

Der Verfasser spricht sich entschieden gegen die Massenausweisung fremder Arbeitskräfte zu Zeiten der Arbeitslosigkeit aus. Er verlangt im Gegenteil,

„daß die fremden Arbeiter stabilisiert werden, daß sie mit der Arbeit, die sie angenommen haben, enger verknüpft werden, da sie ihre Arbeit bleiben soll.“

Als wahrer moderner Sachwalter der Sklaverei fordert der Verfasser: „Aber die Tätigkeit der Verwaltung kann auch ohne jeden Zwang die Ortsveränderungen der Ausländer und ihren Uebergang von der Landwirtschaft zur Industrie oder von einer Industrie in die andere verhindern.“ Duhamel sieht vor allem „zwei in der Praxis unendliche Möglichkeiten“ für eine „intelligent

geleitete Einwanderungspolitik“. Sie heißen: „heute unsere Landwirtschaft; morgen unsere Kolonien“. In bezug auf die Landwirtschaft fordert Duhamel unter anderem noch dieses:

„Diese Eingewanderten gilt es, an den Grund und Boden zu fesseln, indem an die Stelle des Lohnverhältnisses, als einer mehr vorübergehenden Beschäftigungsform, die Halbpacht tritt . . .“

Bekanntlich ist die Form der Halbpacht ein Ueberrest, eine nur notdürftig modernisierte Abart der Hörigkeit. Vor allem soll die in Frankreich geführte Kampagne mit dem Zweck, die ausländischen Arbeitskräfte in die französischen Kolonien überzuleiten, verstärkt werden. Duhamel schreibt:

„Wenn für die Landwirtschaft des Mutterlandes eine ungeheure Aufgabe zu erfüllen bleibt, so ist sie noch vollkommen ungelöst in bezug auf unsere Kolonien. Es ist noch niemand an sie herangegangen . . . In Tunis, in Algerien, in Madagaskar fehlt es an Lohnarbeitern . . . Der Moment scheint gekommen, wo es gilt, unsere Kolonien für eine Einwanderung zu erschließen, deren Kontrolle dem Mutterland überlassen bleibt — was um so leichter ist, als dessen eigener Boden den Ausgangspunkt dafür abzugeben hätte.“

Im selben Sinn schreibt auch André Francois-Poncet (Nr. 12). Er schlägt vor allem vor, die Auswanderung von Indo-Chinesen und von Annamiten nach den afrikanischen Kolonien zu organisieren: „Der Wohlstand Indo-Chinas rührt nicht nur daher, daß bedeutende Kapitalien in dieser Kolonie investiert wurden, sondern auch daher, daß sie über zahlreiche Arbeitskräfte verfügt.“ An Stelle jeden Kommentars sei hinzugefügt, daß tatsächlich eine starke systematische Kampagne in diesem Sinne in Frankreich geführt wird.

#### Oeffentliche Schuld und Amortisierung

Unter diesem Titel veröffentlicht E. Mireaux, der Leiter der „Gesellschaft zur ökonomischen Forschung und Nachrichtensammlung“ (alias Comité des Forges, Eisenhüttenverband) in Nummer 4 einen Artikel. Zwei Punkte müssen hervorgehoben werden: erstens das Budget für 1927 und die Schuldenlast. Nach dem Verfasser beläuft sich das Gesamtbudget des französischen Staates auf rund 51 Milliarden Francs und setzt sich aus drei Teilen zusammen: das allgemeine Budget, ungefähr 39 500 Millionen; das Budget der Amortisationskasse, nahezu 7 Milliarden; das Budget der deutschen Zahlungen, der Reparationen, ungefähr 4,5 Milliarden Einnahmen und Ausgaben.

Die Schuldenlast setzt sich am 31. März 1926 folgendermaßen zusammen:

Innere Schuld . . . . .	13 100 Millionen
Aeußere Schuld . . . . .	1 500 „
Rentenschuld . . . . .	6 100 „

Insgesamt: . . 20 700 Millionen

Aber „diese Last umfaßt keinerlei Ausgaben für Amortisation, nicht einmal für die vertragsmäßige Amortisation“. Kurz, die Schuldenlast beläuft sich auf 21 Milliarden. Zu ihr muß der „Amortisationsdienst“ hinzugerechnet werden mit einer Gesamtsumme von 9973 Millionen, so daß also „die Gesamtschuldenlast“ sich im Jahre 1927 auf 31 Milliarden belaufen wird, gegenüber 51 Milliarden Gesamtkтива; ein Drittel dieser Last entfällt auf die Amortisation.“

Der zweite Punkt ist folgender: Mireaux schlägt vor, die „Amortisationskasse“ in ein wirkliches Amt mit bankmäßigen Funktionen umzuwandeln. Nach seiner Auffassung „soll die Kasse einerseits die neuen Kapitalien, die von kleinen Sparern und aus Steuern herühren, sammeln, andererseits sie sofort wieder verteilen und so gut wie möglich dem Mobilienmarkt zuführen“. Anders ausgedrückt, das Verfahren, das der Verfasser vorschlägt, besteht darin, die Höhe der schwebenden Schuld um ein Geringes zu vermindern, aber sie nicht aufzuheben, die „Bons de la Défense Nationale“ nicht verschwinden zu lassen, weil sie ein „unendlich bequemes Mittel darstellen, die kleinen Ersparnisse und vor allem die bäuerlichen Ersparnisse zu mobilisieren. Aber aus diesen Einnahmen muß die Kasse Wertpapiere kaufen, woraus sich eine Herabsetzung des Zinsfußes ergeben würde, und zugleich hätte die Kasse auf diese Weise disponible Kapitalien, die sie für industrielle Zwecke ausleihen könnte. So stellt sich Mireaux „den Gang der Amortisierung der öffentlichen Schuld unter den heutigen Verhältnissen“ vor.



### Die Weltwirtschaftskonferenz

Diesem Gegenstand widmet in Nummer 1, vom 5. Januar, Daniel Serruys, Abteilungsleiter im Ministerium für Handel und Industrie und Mitglied der französischen Delegation bei der Genfer Konferenz, einen langen Artikel. Wozu diese Konferenz? Was hat man von ihr zu erwarten? Daniel Serruys bemüht sich, auf diese Fragen Antwort zu geben. Und er antwortet, wie zu erwarten war, als bürgerlicher Staatsmann: nachdem er die Wirren und Widersprüche der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit beschrieben hat, findet er kein anderes Mittel, um diese Wirren und Widersprüche aufzuheben, als die „Forderung einer Handelspolitik, die keine Willkür und keine Fallstricke kennt“, sowie die einer „privaten Kooperation zum Zweck der Produktion und Verteilung der Güter“. Vor allem der erste Teil dieses Artikels ist interessant, wo der Verfasser das mangelnde Gleichgewicht zwischen dem „überindustrialisierten“ Europa und dem verarmten Europa als Ursache der gegenwärtigen Krise darstellt.

1. „Unter diesen Wirren war die offensichtlichste die nahezu allgemeine Verminderung der Kaufkraft gerade in dem Augenblick, wo die Produktionsbedingungen beträchtlich erschwert waren . . .“

2. „Es ist ein fast unglaubliche Anomalie,“ daß Europa kaum so viel produziert wie in der Vorkriegszeit trotz des starken Mangels . . . aller Bedarfsartikel infolge der Verwüstungen des Krieges, infolge der Erschöpfung aller Läger und infolge der fünfjährigen Reduktion in der Erzeugung aller Waren, die nicht zum unmittelbaren Kriegsbedarf zählen.

3. Auflösung der nationalen Volkswirtschaften als Folge der Neugruppierung der europäischen Staaten und der Schaffung neuer Staaten.

„Das merkste Resultat der Bemühungen zur Schaffung vollkommen autonomer nationaler Volkswirtschaften ist häufig ein beängstigendes Mißverhältnis zwischen dem künstlich vergrößerten Maschinenbestand Europas und den Investitionen, die hierdurch festgelegt sind auf der einen Seite, und der Verlangsamung der Produktion in Europa und dem ungenügenden Entgelt, das sie den investierten Kapitalien bieten kann.“

4. Trotz „des mangelnden Gleichgewichts der europäischen Wirtschaft und trotz einer fehlerhaften Anpassung dieser Wirtschaft an die Bedürfnisse und an die Geldquellen Europas“, trotz der „Ueberindustrialisierung“, ist ein Defizit im europäischen auswärtigen Handel zu verzeichnen: ein Rückgang der Beteiligung Europas am Welthandel um 10 Prozent für das Jahr 1925.

5. Mangelndes Gleichgewicht zwischen der „Ueberindustrialisierung“ Europas und der landwirtschaftlichen Produktion.

„In der Gesamtheit der europäischen Länder erscheint die Ueberindustrialisierung als die vorherrschende Tendenz, die in ihrem Gefolge einen entsprechenden Fehlbetrag in der landwirtschaftlichen Produktion, Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften und Verteuerung der Lebensmittel nach sich zieht; diese wirkt ihrerseits auf die Löhne zurück, woraus sich eine erneute Erschwerung der Produktionsbedingungen der Industrie ergibt.“

Im selben Gedankengang erwähnt D. Serruys die Arbeitslosigkeit, die Geldkrisen, die gegenseitigen Schulden der Alliierten, den Dawesplan, die Arbeiterwanderbewegung usw.: er wagt es allerdings nicht, sich über diese Fragen näher auszusprechen, und das mit gutem Grund, denn an diese Fragen rühren, heißt, die „wunden Stellen“ der Widersprüche zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern berühren.

Der „Weltwirtschaftskonferenz“ ist auch der Artikel C. J. Gignoux' (in Nummer 8) gewidmet, der den demonstrativen Titel führt: „Mystischer oder utilitarischer Internationalismus? — keines von beiden!“ Denn, „der mystische Internationalismus ist eine Utopie und eine Gefahr. Der utilitarische Internationalismus andererseits ist eine würdelose Profanation“.

Etwas weiter unten läßt Gignoux einen ähnlichen Pfeil gegen „gewisse allzu schlaue Nationalismen“ los, die den ökonomischen „Internationalismus“ nur als Fassade gebrauchen. Das geht gegen die Engländer.

Was nun die gegenwärtige Konferenz anbelangt, so ist Gignoux der Meinung, daß

„der stärkste Druck in Genf wahrscheinlich nicht von England ausgehen wird; es ist viel wahrscheinlicher, daß er von Deutschland ausgeht. Deutschland ist

geleitete Einwanderungspolitik“. Sie heißen: „heute unsere Landwirtschaft; morgen unsere Kolonien“. In bezug auf die Landwirtschaft fordert Duhamel unter anderem noch dieses:

„Diese Eingewanderten gilt es, an den Grund und Boden zu fesseln, indem an die Stelle des Lohnverhältnisses, als einer mehr vorübergehenden Beschäftigungsform, die Halbpacht tritt . . .“

Bekanntlich ist die Form der Halbpacht ein Ueberrest, eine nur notdürftig modernisierte Abart der Hörigkeit. Vor allem soll die in Frankreich geführte Kampagne mit dem Zweck, die ausländischen Arbeitskräfte in die französischen Kolonien überzuleiten, verstärkt werden. Duhamel schreibt:

„Wenn für die Landwirtschaft des Mutterlandes eine ungeheure Aufgabe zu erfüllen bleibt, so ist sie noch vollkommen ungelöst in bezug auf unsere Kolonien. Es ist noch niemand an sie herangegangen . . . In Tunis, in Algerien, in Madagaskar fehlt es an Lohnarbeitern . . . Der Moment scheint gekommen, wo es gilt, unsere Kolonien für eine Einwanderung zu erschließen, deren Kontrolle dem Mutterland überlassen bleibt — was um so leichter ist, als dessen eigener Boden den Ausgangspunkt dafür abzugeben hätte.“

Im selben Sinn schreibt auch André Francois-Poncet (Nr. 12). Er schlägt vor allem vor, die Auswanderung von Indo-Chinesen und von Annamiten nach den afrikanischen Kolonien zu organisieren: „Der Wohlstand Indo-Chinas rührt nicht nur daher, daß bedeutende Kapitalien in dieser Kolonie investiert wurden, sondern auch daher, daß sie über zahlreiche Arbeitskräfte verfügt.“ An Stelle jeden Kommentars sei hinzugefügt, daß tatsächlich eine starke systematische Kampagne in diesem Sinne in Frankreich geführt wird.

#### Oeffentliche Schuld und Amortisierung

Unter diesem Titel veröffentlicht E. Mireaux, der Leiter der „Gesellschaft zur ökonomischen Forschung und Nachrichtensammlung“ (alias Comité des Forges, Eisenhüttenverband) in Nummer 4 einen Artikel. Zwei Punkte müssen hervorgehoben werden: erstens das Budget für 1927 und die Schuldenlast. Nach dem Verfasser beläuft sich das Gesamtbudget des französischen Staates auf rund 51 Milliarden Francs und setzt sich aus drei Teilen zusammen: das allgemeine Budget, ungefähr 39 500 Millionen; das Budget der Amortisationskasse, nahezu 7 Milliarden; das Budget der deutschen Zahlungen, der Reparationen, ungefähr 4,5 Milliarden Einnahmen und Ausgaben.

Die Schuldenlast setzt sich am 31. März 1926 folgendermaßen zusammen:

Innere Schuld . . . . .	13 100 Millionen
Aeußere Schuld . . . . .	1 500 „
Rentenschuld . . . . .	6 100 „

Insgesamt: . . 20 700 Millionen

Aber „diese Last umfaßt keinerlei Ausgaben für Amortisation, nicht einmal für die verträglichste Amortisation“. Kurz, die Schuldenlast beläuft sich auf 21 Milliarden. Zu ihr muß der „Amortisationsdienst“ hinzugerechnet werden mit einer Gesamtsumme von 9973 Millionen, so daß also „die Gesamtschuldenlast“ sich im Jahre 1927 auf 31 Milliarden belaufen wird, gegenüber 51 Milliarden Gesamtkapital; ein Drittel dieser Last entfällt auf die Amortisation.“

Der zweite Punkt ist folgender: Mireaux schlägt vor, die „Amortisationskasse“ in ein wirkliches Amt mit bankmäßigen Funktionen umzuwandeln. Nach seiner Auffassung „soll die Kasse einerseits die neuen Kapitalien, die von kleinen Sparern und aus Steuern herkommen, sammeln, andererseits sie sofort wieder verteilen und so gut wie möglich dem Mobiliemarkt zuführen“. Anders ausgedrückt, das Verfahren, das der Verfasser vorschlägt, besteht darin, die Höhe der schwebenden Schuld um ein Geringes zu vermindern, aber sie nicht aufzuheben, die „Bons de la Défense Nationale“ nicht verschwinden zu lassen, weil sie ein „unendlich bequemes Mittel darstellen, die kleinen Ersparnisse und vor allem die bäuerlichen Ersparnisse zu mobilisieren. Aber aus diesen Einnahmen muß die Kasse Wertpapiere kaufen, woraus sich eine Herabsetzung des Zinsfußes ergeben würde, und zugleich hätte die Kasse auf diese Weise disponible Kapitalien, die sie für industrielle Zwecke ausleihen könnte. So stellt sich Mireaux „den Gang der Amortisierung der öffentlichen Schuld unter den heutigen Verhältnissen“ vor.

### Die Weltwirtschaftskonferenz

Diesem Gegenstand widmet in Nummer 1, vom 5. Januar, Daniel Serruys, Abteilungsleiter im Ministerium für Handel und Industrie und Mitglied der französischen Delegation bei der Genfer Konferenz, einen langen Artikel. Wozu diese Konferenz? Was hat man von ihr zu erwarten? Daniel Serruys bemüht sich, auf diese Fragen Antwort zu geben. Und er antwortet, wie zu erwarten war, als bürgerlicher Staatsmann: nachdem er die Wirren und Widersprüche der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit beschrieben hat, findet er kein anderes Mittel, um diese Wirren und Widersprüche aufzuheben, als die „Forderung einer Handelspolitik, die keine Willkür und keine Fallstricke kennt“, sowie die einer „privaten Kooperation zum Zweck der Produktion und Verteilung der Güter“. Vor allem der erste Teil dieses Artikels ist interessant, wo der Verfasser das mangelnde Gleichgewicht zwischen dem „überindustrialisierten“ Europa und dem verarmten Europa als Ursache der gegenwärtigen Krise darstellt.

1. „Unter diesen Wirren war die offensichtlichste die nahezu allgemeine Verminderung der Kaufkraft gerade in dem Augenblick, wo die Produktionsbedingungen beträchtlich erschwert waren . . .“

2. „Es ist ein fast ungläubliche Anomalie,“ daß Europa kaum so viel produziert wie in der Vorkriegszeit trotz des starken Mangels . . . aller Bedarfsartikel infolge der Verwüstungen des Krieges, infolge der Erschöpfung aller Läger und infolge der fünfjährigen Reduktion in der Erzeugung aller Waren, die nicht zum unmittelbaren Kriegsbedarf zählen.

3. Auflösung der nationalen Volkswirtschaften als Folge der Neugruppierung der europäischen Staaten und der Schaffung neuer Staaten.

„Das merkste Resultat der Bemühungen zur Schaffung vollkommen autonomer nationaler Volkswirtschaften ist häufig ein beängstigendes Mißverhältnis zwischen dem künstlich vergrößerten Maschinenbestand Europas und den Investitionen, die hierdurch festgelegt sind auf der einen Seite, und der Verlangsamung der Produktion in Europa und dem ungenügenden Entgelt, das sie den investierten Kapitalien bieten kann.“

4. Trotz „des mangelnden Gleichgewichts der europäischen Wirtschaft und trotz einer fehlerhaften Anpassung dieser Wirtschaft an die Bedürfnisse und an die Geldquellen Europas“, trotz der „Ueberindustrialisierung“, ist ein Defizit im europäischen auswärtigen Handel zu verzeichnen: ein Rückgang der Beteiligung Europas am Welthandel um 10 Prozent für das Jahr 1925.

5. Mangelndes Gleichgewicht zwischen der „Ueberindustrialisierung“ Europas und der landwirtschaftlichen Produktion.

„In der Gesamtheit der europäischen Länder erscheint die Ueberindustrialisierung als die vorherrschende Tendenz, die in ihrem Gefolge einen entsprechenden Fehlbetrag in der landwirtschaftlichen Produktion, Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften und Verteuerung der Lebensmittel nach sich zieht; diese wirkt ihrerseits auf die Löhne zurück, woraus sich eine erneute Erschwerung der Produktionsbedingungen der Industrie ergibt.“

Im selben Gedankengang erwähnt D. Serruys die Arbeitslosigkeit, die Geldkrisen, die gegenseitigen Schulden der Alliierten, den Dawesplan, die Arbeiterwanderbewegung usw.; er wagt es allerdings nicht, sich über diese Fragen näher auszusprechen, und das mit gutem Grund, denn an diese Fragen rühren, heißt, die „wunden Stellen“ der Widersprüche zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern berühren.

Der „Weltwirtschaftskonferenz“ ist auch der Artikel C. J. Gignoux' (in Nummer 8) gewidmet, der den demonstrativen Titel führt: „Mystischer oder utilitarischer Internationalismus? — keines von beiden!“ Denn, „der mystische Internationalismus ist eine Utopie und eine Gefahr. Der utilitarische Internationalismus andererseits ist eine würdelose Profanation“.

Etwas weiter unten läßt Gignoux einen ähnlichen Pfeil gegen „gewisse allzu schlaue Nationalismen“ los, die den ökonomischen „Internationalismus“ nur als Fassade gebrauchen. Das geht gegen die Engländer.

Was nun die gegenwärtige Konferenz anbelangt, so ist Gignoux der Meinung, daß

„der stärkste Druck in Genf wahrscheinlich nicht von England ausgehen wird; es ist viel wahrscheinlicher, daß er von Deutschland ausgeht. Deutschland ist

zu Beginn des Jahres 1927 für eine großartige Kampagne zur Erlangung der wirtschaftlichen Hegemonie gerüstet; es ist zum mindesten bereit, den Angelpunkt der heute so beliebten großen europäischen Reorganisation abzugeben“.

So schont der Verfasser keinen einzigen der konkurrierenden Staaten. Er ist gesonnen, die einmal gegebenen „nationalen Positionen“ zum Ausgangspunkt zu nehmen, um „zu untersuchen, inwiefern sie sich gegenseitig ergänzen“; so kommt er zu gewissen Produktionsvereinbarungen auf der Grundlage von „Schnittpunkten der Interessen“. Mit anderen Worten, Gignoux, der Chefredakteur der „Journée Industrielle“ ist überzeugt, daß die Konferenz keinerlei Resultat haben wird. Er drückt das übrigens sehr plastisch aus, wenn er schreibt:

„Niemand wurde so viel wie seit dem Kriege von Billigkeit und von Gleichheit im Handelsverkehr gesprochen und niemals deckten diese Worte so viele geschickt angewendete Manöver und Knebel. Wir haben uns ja auch daran gewöhnt, daß über den Toren der Gefängnisse der französischen Republik die Worte zu lesen sind: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“

Vollkommen richtig. Nur . . . et de te fabula narratur, Herr Gignoux, das heißt, das gleiche gilt auch für den französischen Imperialismus.